

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstr. 7. 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Vom 13. bis 19. September ist die internationale gewerkschaftliche Werbeweche.

Die Unorganisierten kommen nicht von selbst, wir müssen sie holen. — Also an die Arbeit!

Unsere Kulturarbeit.

II.

Unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist der Kampf um den Ertrag der Arbeit eine dauernde Erscheinung, muß es sein. Alles Reden und Schreiben über Werkfrieden oder ähnliches beruht auf Naivität oder Unehrlichkeit. Die Arbeiter sollen getäuscht werden über die Tatsache, daß es Grundprinzip des Kapitalisten ist, die Dividende fortgesetzt zu steigern, auf Kosten der Arbeitenden und der Konsumenten.

Erbarmungswürdig war das Los der Arbeiterschaft, als es noch keine Gewerkschaften gab. Bekannt sind ja die grauen- erregenden Zustände in der rheinländischen Industrie im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts.* Hätten wir keine Gewerkschaften, dann stünde es heute um die Arbeiterschaft nicht besser als damals. Stürzen doch auch heute noch die Unternehmer und ihre Syndizi wie Geier über die Arbeiterschaft her, weil diese mit Rücksicht auf die Krise nicht voll kampffähig ist. Unternehmer und Syndizi schreien und schreiben „Lohnabbau, Lohnabbau! Mehr Arbeit, mehr Arbeit!“ „Geht uns Geld und Leben!“ so klingt es fast. Daß die Unternehmer und Aktionäre nicht etwa aus Not, also aus einer Zwangslage heraus handeln, sondern daß ihr Geschrei einem System entspringt, ergibt sich daraus, daß selbst solche Firmen, die „im Gelde schwimmen“, dieses Geschrei mitmachen. Ja, sie geben sogar zu, es handle sich für sie nicht um die Forderungen der Arbeiterschaft, sondern um ein Prinzip, wenn sie die Arbeiterschaft auf die Straße werfen. Sogenannten „Werkfrieden“ wird es also nur dort geben, wo die Arbeiterschaft schaffsgeduldig sich das Fell über die Ohren ziehen läßt.

Daß die Gewerkschaften es waren, die der Arbeiterschaft eine einigermaßen erträgliche Existenz erkämpften, weiß jedes Kind. Nur Unehrliche und Drückeberger wollen diese Tatsache nicht zugeben. Allein im Jahre 1925 haben die freien Gewerkschaften für Streiks und Aussperrungen annähernd 26 Millionen Mark ausgegeben. Der Fabrikarbeiterverband hat im gleichen Jahre für Streiks und Aussperrungen die Summe von 2 1/2 Millionen Mark aufgewendet. Nur dadurch konnte die Herabdrückung der Lohnhöhe auf die Stufe eines Almosen verhindert werden.

Auch das sonstige Unterstützungswesen der Gewerkschaften muß in erster Linie als eine wichtige Kulturtat bezeichnet werden. In einer Zeit, da weder Reich, noch Länder an eine Erwerbslosenfürsorge dachten, hatten die Gewerkschaften schon ein gut ausgebautes Unterstützungswesen. Die freien Gewerkschaften haben ausgezahlt für Unterstützungen im Jahre 1925:

- 14,1 Millionen für Krankenunterstützung,
- 13,8 Millionen für Arbeitslosenunterstützung,
- 1,0 Million für Invalidenunterstützung,
- 1,7 Millionen für Unterstützung bei Sterbefällen,
- 1,0 Million für Unterstützung bei sonstigen Notfällen,
- 0,5 Millionen für die Unterstützung Gemahregeltes,
- 2,8 Millionen für Bildungszwecke verschiedenster Art,
- 4,3 Millionen für die Gewerkschaftspressen und schließlich

25,9 Millionen Mark für die Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen.

Bedarf es noch einer Erläuterung dieser Zahlen? Ein ungeheures Maß sozialer Not spricht aus ihnen, aber auch ein gewaltiges Aufgebot an Kraft und Mühe, die Not zu lindern, notleidende Brüder vor dem Versinken in Verzweiflung zu bewahren und ihre Lebenslage auf einer Ebene zu halten, von der aus ihnen ein fernerer Aufstieg in besseren Tagen möglich ist. Und von unverwundlicher Energie im aktiven Kampfe um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zeugen die nahezu 26 Millionen für Streiks und Aussperrungen, zu denen jedoch noch ein Aufwand von 1,5 Millionen für die Durchführung anderer Lohnbewegungen, die nicht zum offenen Kampfe führten, hinzuzuzählen ist.

Was vorstehend über die ideelle Seite und über die materiellen Wirkungen des Unterstützungswesens der freien Gewerkschaften im allgemeinen gesagt ist, das gilt auch für unseren Verband. Es beirugen die Unterstützungs- ausgaben unseres Verbandes 1925:

- 2 944 Mark für reisende Mitglieder,
- 9 933 Mark für Gemahregeltes,
- 14 165 Mark für Umzüge,
- 15 626 Mark für in Notlagefällen,
- 19 056 Mark für Rechtschutz,

* Siehe Paul Umbreit: Die Arbeiterschutzesgesetzgebung. Seite 677.

- 113 740 Mark für Sterbefälle,
- 821 462 Mark für Arbeitslose,
- 1 067 706 Mark für Kranke,
- 2 329 301 Mark für Streiks und Aussperrungen,

In diesen Zahlen liegt die Feststellung, daß die Arbeiter nicht mehr Heloten sind, furchtsame, gedrückte Kreaturen mit allen schlechten Eigenschaften der Unterdrückten, der Unfreien behaftet, sondern daß sie aufrechte, sich ihres Wertes und ihrer Würde bewußte Menschen sind und sein können. Dieses schöne stolze Bewußtsein fließt aus der Solidarität und diese wiederum aus der Organisation. Wer gegen die Solidarität der Arbeiterschaft verstößt, der begeht eine Todsünde gegen den heiligen Geist der Arbeiterbewegung. Der Verband gibt jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin die Möglichkeit, sich vor der lebenslänglichen Schmach und Schande einer unorganisierten



Solidarität

heißt das Zauberwort der weltumspannenden und weltbewegenden geistigen Einheit des Proletariats. Solidarität

heißt

die Ausübung der erhabensten Pflicht, die es für die Arbeiterklasse gibt. Es gibt nur wenige Begriffe,

die

bei ihrer praktischen Anwendung so tief einschneidende Veränderungen herbeiführen können, daß selbst die

Seele

eines Volkes oder mehrerer Völker, wie ein sturmgepeitschtes Meer in Bewegung gerät. Solidarität heißt

der

Wegweiser, der auch die unorganisierten Arbeitnehmer dahin weist, wohin sie gehören, in ihre

gewerkschaftlichen

Organisationen. Wer diesen Wegweiser bis heute nicht beachtet hat, dem ruft das organisierte internationale Proletariat zu: Hinein in deine

Organisation!



Handlungsweise zu bewahren, durch den Anschluß an die zu- ständige Organisation. Wer Mitglied seiner Organisation ist, der braucht nicht dem schmeichelnden falschen Freund zu erliegen, der ihn während des Kampfes zum Verräter an seinen Klassengenossen machen will. Mit Verachtung meidet er auch die gelben Sumpfpflanzen, die nur gedeihen können in den Niederungen menschlichen Seins, über denen der Geist der Unfreiheit, des Verrats und der Feigheit schwebt.

Die gewerkschaftliche Organisation ist der Hort, der Schutz und Schirm für alle, die im Schatten leben, d. h. derjenigen, die ihr Leben lang ringen müssen um das Notwendigste.

Ohne Organisation, ohne solidarische Betätigung, ohne gegenseitige Hilfe im und durch den Verband wäre dem heutigen, geistig hochstehenden Proletariat das Leben unerträglich. Die Organisation, das solidarische Handeln durch sie, das gemeinsame Streben nach Höherem gibt dem Leben der Arbeitenden jenen erhabenen Sinn, jene Menschenwürde, die auch den einzelnen groß werden läßt an Charakter und Geist. Organisationen, aus solchen Menschen gebaut, werden zur granitenen Mauer gegen den Feind.

Sag' den gewerkschaftlichen Miesmachern die Wahrheit!

Regt sich ein Unorganisierter im Betriebe darüber auf, daß die Gewerkschaften nichts täten, dann stimme diesem Drückeberger nicht etwa zu, sondern sage ihm, daß die Verbände aus den einzelnen Mitgliedern beständen, die, soweit sie ihre Beiträge zahlten, darüber zu bestimmen haben, wie die Beiträge

zu verwenden sind und wie bei günstiger Lage die gewerkschaftliche Bewegung anzusehen ist! Vorschläge von Außenstehenden anzunehmen müssen die Gewerkschaftsmitglieder ablehnen. — Hast du ein Mitglied für den V... gewonnen und dieses will nach sechs Wochen wieder austreten, weil es in diesen sechs Wochen noch keine besonderen Vorteile für sich ergattern konnte, dann gebe ihm nicht Recht! Halte vielmehr im Betriebe Umschau! Du wirst immerhin den einen oder den anderen Kollegen finden, der schon jahrelang vor dem Kriege organisiert war. Jahrzehntlang hat dieser Kollege seine Beiträge gezahlt, und zwar bereits zu einer Zeit, wo überhaupt noch nicht an den Abschluß von Tarifverträgen, an Unterstützungswesen und anderes zu denken war. Wenn diese alten Kämpfer ebenfalls nach sechs Wochen die Flinte ins Korn geworfen hätten, dann hätten wir heute nicht nur keine Tarifverträge, sondern auch all die anderen Vorteile nicht. — Gerade in schlechten Zeiten kommen ganz Radikale und erklären, daß nur ein Generalstreik und ähnliches helfen könne, um die Lage der Arbeiter mit einem Schlage zu verbessern. Triff ein solcher „Kämpfer“ auf, dann frage ihn, ob er zweihundertdreitausendmal im Jahre Generalstreik machen will, wenn in den verschiedensten Teilen des Reiches zwei- oder dreitausendmal Differenzen entstehen? (Daß er dann seinen Unfimm einzieht, dafür kann allerdings niemand garantieren.) — Handelt du immer nach solchen Grundsätzen, dann trägst du am wirksamsten zur Stärkung der Bewegung und deines Verbandes bei!

Deshalb: Lohnabbau.

In den letzten Tagen ging in der bayerischen Stadt Erlangen ein außerordentlich interessanter Prozeß zu Ende. Dieser zeigte, daß man trotz schlechten Zeiten gut zu verdienen weiß. Angeklagt war der Generaldirektor Dr. Jigmann, Ehrenbürger der Stadt Erlangen und Geheimrat Kommerzienrat. Die Firma Reiniger, Deibert und Schall, wo dieser Herr das Szepter führte, ist durch die Manipulationen schwer geschädigt worden. Das jährliche Einkommen des Jigmann betrug 400 000 Goldmark. Er ließ sich ein prächtiges Schloß auf Kosten der Firma bauen, das einen Wert von 700 000 Goldmark repräsentiert. In 17 Fällen konnte Jigmann vom Aufsichtsrat insgesamt 722 000 Goldmark erlangen. Von einem Guthaben der Firma in der Schweiz zweigte er für persönliche Zwecke 200 000 Goldmark ab. Während der Inflation machte Jigmann auf Kosten der Firma besondere Geschäfte. Es geht weit in die Millionen Mark, die an den Fingern dieses Generaldirektors hängen geblieben sind. Für eine Freundin wollte er sogar 116 000 Mark flüssig zu machen. Alles in allem ein großer, jahrelang geübter Betrug, der vom Aufsichtsrat gedeckt wurde. Der Vorsitzende dieses famosen Aufsichtsrates, ein Freiherr v. Michael-Kaulino, hatte es nicht anders getrieben. Unter anderem ließ er sich Aktien im Werte von 58 000 Mark schenken. Auf die Dauer von zehn Jahren wurde ihm eine Entschädigung von jährlich 57 000 Mark zugesprochen. Andere Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder haben sich ebenfalls gründlich die Hände gewaschen. Es sind viele Millionen nach Hause gehen mußten. Der Freiherr wurde — freigesprochen und Jigmann erhielt neun Monate Gefängnis. In dieser Angelegenheit ist aber ersichtlich, wie an der Spitze der deutschen Industrie teilweise gewartet wird und welche Summen dort für Direktoren und Aufsichtsräte leichtsinnig hinausgeworfen werden. Wurde doch in dem Prozeß erklärt, daß Direktorengehälter von jährlich 800 000 Mark keine Seltenheit sind. Und deshalb: Lohnabbau.

Die Beziehungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zum Achtskündentag.

Von Dr. Gustav Hoffmann.*

I

Die Volkszählung des vorigen Jahres hat in Deutschland 63 580 Gemeinden gezählt, und von diesen 63 580 Gemeinden waren nur 45 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Dennoch entfällt nach einer Statistik des Statistischen Reichsamtes auf diese 45 Städte rund ein Drittel aller Betriebe mit

* Genosse Dr. Hoffmann beabsichtigt im kommenden Winter über das hier behandelte Thema in Gewerkschaftsversammlungen zu reden und es durch Lichtbilder lebendig zu gestalten. (Seine Adresse ist: Hannover-Bosfeld, Heimstättenstr. 26.) In einer Reihe von Städten hat Dr. Hoffmann dieses Thema bereits behandelt. Die Frankfurter Volksstimme schrieb darüber in einem Bericht: Der Vortrag ist weit von Zuhörern gehört zu werden, denn wie der Redner spricht und was er sagt, ist so, daß die Zuhörer an einer sozialistischen Feierstunde teilnehmen, die ihnen so leicht nicht aus der Erinnerung schwinden wird... Die den Vortrag gehört haben, hatten wohl alle das Gefühl, daß wir noch lange nicht wissen, was wir vom Sozialismus zu erwarten haben... Das ist das Große und Schöne an den Hoffmannschen Vorträgen: sie sind geistig, die Herzen weit, die Augen hell zu machen, kurz: uns im Glauben an den Sozialismus, in der Liebe zur Menschheit zu stärken. Und dafür danken wir Genossen Dr. Hoffmann.

50 und mehr Arbeitern, und die anderen zwei Drittel verteilen sich auf die übrigen 63 535 Gemeinden. Diese Zahlen zeigen, wie sich der Großkapitalismus auf die Großstädte konzentriert hat.

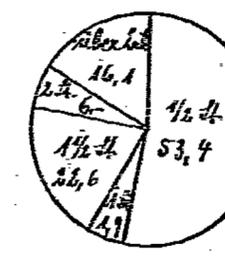
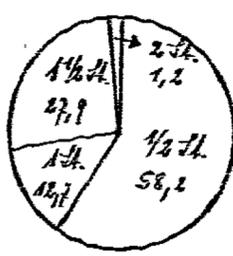
Diese Konzentration der Großbetriebe aber brachte natürlich eine Wirtschaftskonzentration auch auf den übrigen Gewerbegebieten mit sich, und diese ganze kapitalistische Konzentration ergab dann das Massenwohnen in der Großstadt.

Diese Folge, die die Wirtschaftskonzentration dem Wohnungswesen in Deutschland brachte, brauchte nicht zu sein. In England finden wir die Mietskasernen nicht. Aber der Bodenwucher schaffte sie in Deutschland. Und welche wunderschöne soziale Erklärung gab man ihr? Bei der Konzentration der Wirtschaft auf die Großstadt erspare die Konzentration der Massen in der Mietskasernen den "horizontalen Weg". Der Arbeiter soll es also bei der dichten Bauweise bequem zu seiner Arbeitsstätte haben.

Wie ist aber die Wirklichkeit? Nach der Verkehrsstatistik der Reichsbahn-Direktion Berlin für das Rechnungsjahr 1923/24 beförderte die Stadt- und Ringbahn in Berlin 265 Millionen Personen. Diese intensivste Bauweise der Welt, die in Berlin vorhanden ist und die damit doch nach der Auffassung der Bodenspekulanten die herrlichste Ersparung an "horizontalem Weg" bedeutet, diese intensivste Bauweise der Welt konnte es also nicht hindern, daß 265 Millionen Fahrten in einem Jahre nötig gewesen sind. Und daß es sich hierbei in überwiegendem Maße um Fahrten erwerbstätiger Einwohner handelt, zeigt die Tatsache, daß nach den Zeffstellungen der Reichsbahn allein rund 75 Prozent der Fahrten auf Zeitkarten gemacht wurden. 265 Millionen Fahrten nur auf der Stadt- und Ringbahn! Dazu die anderen Verkehrsmittel mit ihren Riesenzahlen, wie sie auch das weitgebaute London mit seinen Kleinbahnen in Gärten nicht größer aufweist!

Wirtschaftskonzentration und Massenwohnen wurden in Deutschland zum Chaos. Kapitalismus und Bodenwucher gingen getrennt ihren eigenen Weg des Profits ohne soziale Rücksicht auf die arbeitenden Massen. Die arbeitenden Massen stehen damit nicht nur in wirtschaftlicher Fron. Auch in ihrem Wohnbedürfnis sind sie sozial gebunden. Sie leben nicht nur in fremdlosem Obdach, sondern das kapitalistische Wohnungswesen bringt es auch noch mit sich, daß ein wesentlicher Teil der freien Zeit für den Arbeitsweg geopfert werden muß, trotz aller Konzentration des Wohnens in der Großstadt, das einen Vorteil bedeuten soll. So hat die sächsische Gewerbeaufsicht z. B. an einem großstädtischen Werke festgestellt, daß nur 28,8 Proz. seiner Arbeiter bis zu 2 Kilometer Weg zurückzulegen hatten. 41,7 Prozent wohnten bis zu 5 Kilometer entfernt und 8,7 Prozent waren jeden Tag gar länger als 1 1/2 Stunden unterwegs bis zur Arbeitsstätte. Und derselbe Weg wird dann abends zurück gemacht.

Daß da Wirtschaft und Wohnbedürfnis außerhalb der Konzentration der Großstadt erst recht auseinanderklaffen, ist natürlich. Auch hierin hat die sächsische Gewerbeaufsicht wertvolle Untersuchungen angestellt, über die Dr. Ludwig Preller seinerzeit im "Reichsarbeitsblatt" berichtet hat. Die Untersuchungsergebnisse wurden vom Deutschen Hygiene-Museum in Dresden auch bildlich dargestellt, und wir bringen mit Genehmigung des Deutschen Hygiene-Museums ein paar bezeichnende Abbildungen (Original Deutsches Hygiene-Museum, copyright by Aktiengesellschaft für Hygienischen Lehrbedarf, Dresden-A. L.). Diese Abbildungen sollen zeigen, wie Wohnungswesen und Wirtschaft heute auseinanderklaffen und nur eine Verbindung von Wirtschaft und Städtebau und eine planmäßige Verbindung von Wirtschaft und Bevölkerungspolitik das hohe Kulturziel des Achtstundentages möglich machen.



Unsere Abbildung 1 stellt dar, wieviel Stunden die Arbeiter eines Werkes mit günstiger Verkehrsverbindung unterwegs sind, um von ihrer Wohnung zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Etwas mehr als die Hälfte der Arbeiter (58,2 Prozent) hat einen nur halbständigen Weg, aber selbst bei der günstigsten Lage des Werkes brauchen 12,7 Prozent doch eine Stunde, 27,9 Prozent sogar 1 1/2 Stunden und 1,2 Prozent sogar 2 Stunden. Und die gleiche Stundenzahl, wohlgeachtet, abends zurück.

Abbildung 2 zeigt uns die Stundenzahl bei einem ungünstig gelegenen Werke. Hier ist die Zahl der Arbeiter, die eine halbe Stunde unterwegs sind, mit 53,4 Prozent gewiß nur etwas geringer als in Abbildung 1. Aber wesentlich geringer ist mit 1,9 Prozent die Zahl der Arbeiter, die eine Stunde unterwegs sind, und wesentlich größer ist die Zahl der Arbeiter mit einem mehr als einständigen Wege. 22,5 Prozent der Arbeiter sind hier 1 1/2 Stunden unterwegs, 6 Prozent 2 Stunden und 16,1 Prozent gar über 2 Stunden.

Das englische Gewerkschaftsrecht in Gefahr.

Kann es auch über die Art, wie der englische Generalstreik begonnen und abgebrochen wurde, große Meinungsverschiedenheiten geben, so ist es doch unumstößlich, wenn gerade die deutschen Kommunisten von "Gewalt des Gewerkschafts" sprechen. Gerade unsere Gewerkschaften war, wie wir schon kurz mitteilen, mit 89 Proz. ihrer Mitglieder am Kampf beteiligt, wie auch für sie kein Anstand große Kompensationen enthalten, die noch ein parlamentarisches Rechtspiel haben werden. Die Unternehmernorganisationen der Arbeitgeber des Reichs sind nicht nur die Widerstellung der Gewerkschaften, sondern auch die Verhinderung der Streikbewegungen. Es steht außer Zweifel, daß die Gewerkschaften nicht anders als ein Kampforgan, ein Kampforgan, ein Kampforgan sind, das die Sache vor Gericht durch Vergleich beendet, in dem sich der Fabrik-

arbeiterverband nebst einer lokalen Organisation der Färber verpflichtet, eine Summe von 100 Pfund Sterling zu zahlen. Durch diesen Vergleich wurde zunächst verhindert, das bestehende Gewerkschaftsrecht durch "Nichtergesetz" zu durchlöchern.

Indessen wird die von Sir John Simon, dem berühmten Juristen, während des Streiks geäußerte Ansicht, der Generalstreik sei ungesetzlich, gleichfalls nicht ohne Folgen bleiben. In wiederholten Rundreden hat die Regierung dargelegt, das bestehende Gewerkschaftsrecht solle "revidiert" werden. Warum allerdings "revidiert" werden soll, da doch die "Ungeheuerlichkeit" des Generalstreiks angeblich "bewiesen" wurde, ist nicht recht ersichtlich. Es scheint doch, als wenn das mit so großer Schnelligkeit zustandekommene "Sachverständigenurteil" hinkt. Wie dem auch sei, die Regierung will in der Herbsttagung des Parlaments Gesetzesentwürfe zur Verschmelzung des Gewerkschaftsrechts einbringen. Lord Birkenhead, Minister für Industrie, erklärte in einer konservativen Versammlung am 21. Juni: Die Zeit sei gekommen, das bestehende Gewerkschaftsrecht zu revidieren. In parlamentarischen Kreisen wird denn auch damit gerechnet, die Regierung werde im Herbst versuchen, ihre Absicht zu verwirklichen.

Schon einmal wurde das Gewerkschaftsrecht revidiert durch ein sogenanntes "Nichtergesetz" vom Jahre 1899, und zwar durch das berühmte "Liff-Vale-Urteil", das im Jahre 1901 durch das höchste Gericht, die Lordrichter-Kammer, bestätigt wurde. Durch diesen richterlichen Eingriff wurde das Gewerkschaftsrecht durchlöchert. Nach hartnäckigem Kampfe entstand im Jahre 1906 der Trades Disputes Act (Gesetz über die gewerblichen Streitigkeiten), der das alte Gewerkschaftsrecht wiederherstellte. Der Unterschied zwischen 1899 und jetzt besteht nun darin, daß damals die Gerichte das Gesetz durchlöcherten, während heute eine konservative Regierung

Die Schlachtfelder über die verwundeten Kämpfer herfallenden Plünderer nennen wir die Hyänen des Schlachtfeldes.

Ihnen gleichzuachten sind jene, die das von den Organisierten in schwerem Kampfe Errungene einstecken, sich selbst aber Kampfes enthalten in jeder Form und somit den Gegnern der Arbeiterklasse passiv oder aktiv den Rücken stärken. Wer sich nicht zu den Hyänen des gewerkschaftlichen Schlachtfeldes zählen will, der werde Mitglied seiner gewerkschaftlichen Organisation.

dazu übergehen will, das bestehende Gesetz ans sich heraus illusorisch zu machen. Wie sich die Regierung den Angriff auf die Grundrechte der Arbeiter vorstellt, ist nicht klar ersichtlich. Was aber jetzt schon gesagt werden kann, ist, daß die Gewerkschaften es verstehen werden, sich gerade so wie in der Vergangenheit zur Wehr setzen, wenn es gilt, erworbene Rechte zu verteidigen. Das Gewerkschaftsrecht ist für das englische Volk ein Stück Verfassung, was sich sehr deutlich bei der Beendigung des Generalstreiks zeigte. Als die Unternehmer nach Beendigung des Kampfes versuchten, die vor dem Streik bestandenen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, da erklärten die im Generalstreik benutzten Arbeitswilligen, sie hätten sich wohl der Regierung zur Verteidigung der Verfassung zur Verfügung gestellt, weigerten sich aber, den Arbeitgebern bei dem Versuch zu helfen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Bald wird sich zeigen, wie sich die Regierung den Kampf gegen das Gewerkschaftsrecht vorstellt.

Das englische Gewerkschaftsrecht beruht eigentlich auf einer Charte oder einem Freibrief und fällt als solches nicht unter das gemeine Recht. Nach schweren Kämpfen, die das ganze Land aufwühlten, wurde das englische Gewerkschaftsrecht in den Gesetzen von 1871 und 1876 verankert. Bestand auch das Koalitionsrecht seit dem Jahre 1824, so war doch der gewerkschaftliche Kampf bis zum Jahre 1876 durch allehand gesetzliche Verhinderungen beschränkt. Die vorherrschende Auffassung der Richter und der Unternehmer ging dahin, in dem Verlangen der Arbeiter, durch den Kollektivvertrag Einfluß auf die Gestaltung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen, einen unverantwortlichen Eingriff in das freie Verfügungsrecht der Unternehmer zu erblicken. Die "individuelle Freiheit" des klassischen Liberalismus konnte nur den privaten Arbeitsvertrag zwischen Arbeiter und Unternehmer! Mit allen Mitteln versuchte man die Schaffung großer nationaler Gewerkschaften zu verhindern. Besonders waren die Vermögen der Gewerkschaften bis zu jenem Zeitpunkt der Gefahr richtigerlicher Eingriffe ausgesetzt. Das von der konservativen Regierung im Jahre 1876 geschaffene Gewerkschaftsrecht bedeutete im wahren Sinne des Wortes eine Revolution der englischen Rechtsverhältnisse. Der Kollektivvertrag wurde bis zu einem gewissen Grade legalisiert, das Streikpostensystem gesetzlich erlaubt, die Gewerkschaftsvermögen für unantastbar erklärt. Die Gewerkschaften errangen ihre Charta.

Man kann wirklich gespannt sein, in welcher Form die Regierung den Angriff auf die Charta der englischen Arbeiterklasse unternommen wird. Die ganze Sache ist uns so auffälliger, als der Premierminister, Mr. Baldwin, sich vor kurzem mit einem Appell an das Land wandte. Arbeiter und Unternehmer sollten eine Art "Bürgfrieden" schließen. Wie dieser Bürgfrieden angefaßt der Tatsache, daß man den Gewerkschaften kürzere Löhne und längere Arbeitszeiten einzuweisen will, aussehen soll, kann man sich schlecht vorstellen. Oder will man diesen Bürgfrieden durch Wegnahme der Bewegungsfreiheit herbeiführen?

Sowohl sich überlegen läßt, will die Regierung vor allem folgende Punkte des Trades Disputes Act einer Revision unterziehen: 1. Soll jedem Streik eine vom Staat kontrollierte Urabstimmung der beteiligten Arbeiter vorausgehen. 2. Soll das Gesetz über das Streikpostensystem so verändert werden, daß sich größere Streikposten nicht zu gleicher Zeit an selben Ort aufhalten dürfen. Auch soll es den Streikposten verboten sein, in die Häuser der Arbeitswilligen einzudringen. 3. Sollen die Gewerkschaften in zwei vor einander getrennte Klassen eingeteilt werden, und zwar in die Streikposten und in die Versöhnungsbündnisse (Krankenanstalt, Erwerbslosenunterstützung, Sterbegeld etc.). Während auch in Zukunft letztere vor richtigerlichem Eingriff geschützt werden sollen, soll der Streikposten haßbar werden für die durch Streiks verursachten Schäden. Das heißt ja so aus, als ob man die Gewerkschaften in einen spanischen Panzer zwingen will. In der ersten Woche des Generalstreiks lag der Gewerkschaftsappell, er wird in nicht näher bestimmter Form den Streikposten der Gewerkschaften übertragen und die Gewerkschaften auf den Plan rufen.

Aus den Kreisen der bürgerlichen Reformisten sind Stimmen laut geworden, die das Vorgehen der Regierung als unzulässig bezeichnen, da doch die Gewerkschaften die Ungeheuerlichkeit des Generalstreiks begangen hätten. Bekanntlich kam auch der Jurist Sir John Simon deshalb zu der Ansicht, der Generalstreik sei ungesetzlich, weil er diesen mit einem "wilden" Streik verwechselte. Man will aber gerade die Regierung "wilde Streiks" in Zukunft erzwungen werden. Wartet man jedoch ruhig den weiteren Verlauf der Dinge ab.

Frauenfragen.

Frühling zur Tat!

Es ist nicht genug, etwas zu wissen, man muß es auch anwenden. Es ist nicht genug, zu wollen, man muß es auch tun.

Frühling, Kollegin, heraus aus deiner Lesargie, tritt ein in die Reihen der Kämpferinnen! Oder hast du noch nicht genug geschmachtet in der Sklaverei und Not? Arbeite frisch und mutig mit am großen Werk der Organisation. Ich schreibe "mutig", denke aber nicht daran, zu Lafen aufzurufen, die Heroismus erfordern, die von sich reden machen. Nein, ich denke an den Mut, der dazu gehört, zur Nebenarbeiterin zu treten mit der Frage: "Bist du organisiert?" Ihr mit Wort und Tat zu zeigen, daß es kein hoffnungsloses Ziel ist, das wir uns gestellt, trotz der vielen Einwände, die uns entgegengehalten werden; daß aber zu diesem Ziele ein mühevoller Dornenweg führt, der nur unter ständigem Kampf zurückgelegt werden kann, wo jede einzelne müde und mitleidig kämpfen muß. Ich denke an den Mut, der dazu gehört, dem finsternen Blick des Unternehmers zu begegnen, der alle jene trifft, die treu kämpfend zu unserer Sache stehen. Mag auch abgrundtiefer Haß aus diesem Blick sprechen, so ist er immerhin ein Zeichen von Achtung und Furcht, die dem Menschen gilt, der sich nicht zum gefügigen Werkzeug erniedrigen läßt, der weiß, was er will. Der Mensch sein will und Menschenrecht über alles stellt. Ich denke aber auch an den Mut, der zum öffentlichen Bekennnis der Zugehörigkeit zu unserer Organisation durch fleißigen Versammlungsbesuch gehört. Nicht immer ist es angenehm, der Pflicht zu gehorchen und die wenigen Freitunden, die uns noch bleiben, für den Versammlungsbesuch zu opfern. Wästen wir doch alle, was eine gut besuchte Versammlung bedeutet, wir würden alles liegen und stehen lassen, um ja nichts zu veräumen. Mag auch fage- und wochenlang geschimpft werden über schlechte Entlohnung, über den Terror, den der Arbeitgeber auf uns ausübt, es reicht nicht heran an den Wert einer gut besuchten Versammlung.

Darum Frühling, Kollegin, schreite kämpfend mit, daß bald die Siegesbanner wehen für ein freieres Geschlecht und im Strahlenglanz erstehe Freiheit, Gleichheit, Menschenrecht.

Berta Rich.

Jugendbewegung.

Ein Attentat auf unsere Jugend.

Keine Ferien, dafür längere Arbeitszeit! (Zum Referenten-Entwurf zum Arbeitschutzgesetz.) Vor wenigen Wochen fand in ganz Deutschland eine Reichsgesundheitswoche statt, die wohl viel Nützliches an Aufklärung brachte, Männer, Frauen und Kinder auf die Gefahr aufmerksam machte, die bei leichtsinniger Behandlung des Körpers entsteht, und Behandlungs- und Vorbeugungsmaßnahmen angab, die den Körper gesund erhalten. Unter den vielen wissenschaftlichen Vorträgen waren auch einige Aufklärungsvorträge über den Gesundheitszustand der werktätigen Jugend, die nach ärztlichen Untersuchungsergebnissen stark unterernährt und überkulis sind. Trotz dieser von Ärzten festgestellten Ergebnisse ist in dem Referenten-Entwurf zum Arbeitschutzgesetz die Erhöhung der Arbeitszeit für Jugendliche auf 54 bis 60 Stunden in der Woche vorgesehen.

Aber nicht nur die Arbeitszeit soll auf 10 Stunden täglich erhöht, sondern auch die Ferienzeit für die Jugendlichen soll beseitigt werden. Alle Jugendschulforderungen der erwerbstätigen Jugend werden von den Arbeitgebern rücksichtslos bekämpft und abgelehnt und selbst vom Arbeitsministerium mit allergrößter Zurückhaltung behandelt. Was kümmern sich die Arbeitgeber und die Reichsbehörden weiter darum, daß die Jugend, die Zukunft Deutschlands, wie man immer so salbungsvoll sagt und schreibt, noch weiter verhungert, noch weiter verelendet und unfähig wird zur Übernahme der Aufgaben, die sie einfließen als Träger des gesellschaftlichen Lebens zu übernehmen hat. Was brauchen sich auch die Arbeitgeber um den Gesundheitszustand der Jugend zu kümmern, was kümmert sie die Zukunft der deutschen Wirtschaft, wenn sie nur heute, morgen und vielleicht noch übermorgen glänzende Geschäfte größte Profite aus der Arbeitskraft ihrer Arbeiter herauszuschinden, wenn sie aus der billigen Arbeitskraft der Jugend ihre Überschüsse herauswirtschaften. Der Profit, der heilige Profit bestimmt das Verhalten und Handeln der Arbeitgeber. Deshalb kann man niemals mit Einsicht und wirklichen "volks" wirtschaftlichen Überlegungen diesen ewigen Profitreuen belommen. Noch weniger ist das nur mit Zahlen und Gewinnen ausgefüllte Unternehmerrgehirn für ethische und hygienische Vorstellungen zugänglich. Und die Organisatoren der Reichsgesundheitswoche hätten sich ausschließlich an die Arbeitgeber wenden müssen, hätten ihnen die Notwendigkeit des Achtstundentages, der Ferienzeit klarmachen müssen, die allein den Körper des arbeitenden Menschen gesund erhalten. Besonders hätte man diese Forderungen verdoppelt aufstellen müssen, wenn man von dem Gesundheitszustand der arbeitenden Jugend sprach. Aber diese Aufgabe hatten sich ja die Organisationen der Reichsgesundheitswoche nicht gestellt.

Man will der Jugend die kümmerlichen Reste ihrer Ferienzeit vollends nehmen. Man kann nicht sehen, daß die Jugend auch so, sogar vierzehn Tage Urlaub bekommt, nichts arbeitet, faulenz, und auf Kosten der Arbeitgeber ein "Schlemmerleben" führt, trotzdem sie gesund ist, nicht viel gearbeitet hatte (!), dem Arbeitgeber fast nichts eingebracht hatte und noch aufwieglerisch gestimmt ist. Für die Gesundheit der Jugend ist es sehr vorteilhaft, wenn sie statt 8 Stunden am Tage 10 Stunden in der Fabrik steht, wenn sie gar keine Ferienzeit bekommt, die sie ja doch nicht "richtig" zu verleben weiß (!), und wenn aus ihr die letzte Kraft herausgepumpt wird im Interesse des "Unternehmens". Und wenn dann ärztliche Untersuchungen vorliegen sollten, die uns verraten, daß von 100 männlichen berufstätigen Jugendlichen 39 krank waren, bei jugendlichen Textilarbeiterinnen sogar 51, wenn weiter festgestellt wurde, daß von 100 Jugendlichen 69 zurückgewiesen wurden, weil sie bei der ärztlichen Untersuchung zu schwach für den ausgesetzten Beruf befunden wurden, oder wenn weiter noch festgestellt, daß von allen Todesfällen jugendlicher 50 Prozent der Tuberkulose zuzuschreiben sind, daß bei Untersuchungen 20 Prozent als straflos befunden wurden, dann können sich trotzdem die Arbeitgeber und ihre Skribenten über diese vorliegenden Untersuchungsergebnisse hinwegsetzen, trotzdem die Arbeitszeit erhöht und trotzdem die Ferienzeit abgeschaffen, weil ja der Jugend gar nichts fehlt, weil sie gesund genug zum Ausbeuten ist und in ihrem "eigenen" Interesse an geordneter und disziplinierter Arbeit gewöhnt werden muß!

Alle vorgenommenen ärztlichen Untersuchungen beweisen schlagend, daß die heutige Generation der Jugend durch die Folgen des Krieges und der schlimmen Nachkriegszeit, der gewaltigen Arbeitslosigkeit, an Leib und Seele krank ist, daß eine langsame gesundheitliche und seelische Aufzucht an unserer Jugend geleistet werden muß, daß die teilweise Demoralisation der Jugend auf das Konto des "Stahlbockkrieges" zu setzen ist, daß sie verhalten, ja allein fast verschuldet wird durch die jahrelang anhaltende Arbeitslosigkeit der Jugendlichen. Und die stark in der Jugend verbreitete Tuberkulose, Skroflose und Unterernährung kann nur bekämpft werden, wenn man der Jugend wieder Arbeit beschafft, ausreichenden Lohn gibt, zugleich den Urlaub im sozialen Sinne regelt und ganz besonders die Arbeitszeit so regelt, daß weder Gesundheit noch Entwicklung der Jugendlichen gefährdet und gehemmt wird.

Wenn aber selbst mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums die Arbeitgeber dranz und dran sind, die Arbeitszeit der Jugendlichen auf die unverträgliche Stundenzahl von 10 zu erhöhen, wenn selbst die Ferien beseitigt und die Löhne herabgesetzt werden sollen, wie soll dann eine während der ganzen Reichsgesundheitswoche gepredigte Gesundung des deutschen Volkes eintreten, wie soll dann

Die Jugend, diese Träger der kommenden Wirtschaft, an Leib und Seele gesund erhalten werden, wenn man den Leib weicher verfallen läßt und die Seele der vergifteten Atmosphäre der Arbeitslosigkeit immer weiter aussetzt?

Bekommen wir von den Arbeitgebern, den Reichsbehörden und auch den Gesundheitsaposteln der Reichsgesundheitswoche eine befriedigende Antwort auf unsere Fragen, beantworten sie die Fragen in dem gewünschten Sinn? Nein!

Solange man in dem Jugendlichen und in jedem anderen Arbeiter nur das Ausbeutungsobjekt sieht, so lange wird man sich den berechtigten Forderungen der Jugend, den Jugendbeschäftigungsforderungen, verschließen; nein, nicht nur verschließen, sondern man wird sie sogar rückwärts bekämpfen.

Es gilt deshalb im Interesse unserer Jugend, die später nicht nur Träger unserer Organisationen sein muß, sondern auch Träger der kommenden Gesellschaft, die reaktionären Absichten der Arbeitgeber und auch der Reichsbehörden, soweit das Reichsarbeitsministerium in Frage kommt, auf das entschlossenste zu bekämpfen und für eine ausreichende Freiheit der Jugend mannschaft zu streifen.

Nahrungsmittel-Industrie

Die englische Zucker-Industrie und der deutsche Absatzmarkt.

England ist als Einfuhrland für Zucker bekannt. Die Versuche Englands, sich auch in der Zuckerherstellung wenigstens zu einem kleinen Teile selbständig zu machen, reichen weit zurück. Bereits 1835 wurden dort Anbauversuche mit Zuckerrüben gemacht. Nach Dr. Weisner wurde die erste Zuckerfabrik in England im Jahre 1870 erbaut. Die Zeitspanne zwischen Beginn der Anbauversuchen und dem Bau der ersten Zuckerfabrik ist also sehr groß. Schon daraus ist ersichtlich, daß man es hier mit äußerst schwierigen Umständen zu tun hat. Der Bodenertrag beim Rübenbau ist zu gering, um einen Anreiz für Anlage größerer Kapitalmengen in der Zucker-Industrie zu geben. Jedoch tauchen Neugründungen periodenweise immer wieder auf. So zeigte sich das Interesse an der Zuckerverzehrung 1898 wieder recht lebhaft. Im Jahre 1911 wurde die erste größere Rübenzuckerfabrik in Norfolk errichtet. Immer wieder arbeiten die Betriebe aber infolge des geringen Bodenertrages mit Verlust, so daß man von einer eigentlichen Zuckerindustrie bis zum Jahre 1913 kaum reden konnte.

Durch den Krieg kam England infolge seiner isolierten Lage bezüglich seiner Zuckerverzehrung in eine heikle Situation. Dr. Weisner schätzt den Zuckerverbrauch Englands einschließlich Irlands auf jährlich 1 965 000 Tonnen. Nehmen wir diese Zahlen auch für 1913 als richtig an, so war die rund 4800 Tonnen betragende Zuckerverzehrung Englands im Jahre 1913/14 ein Tropfen auf einen heißen Stein. England mußte also seinen Zuckerbedarf fast restlos durch Einfuhr decken. Dagegen war Deutschland bei seiner Zuckerproduktion in erheblichem Maße auf die Ausfuhr angewiesen. Die Zuckerverzehrung Deutschlands betrug 1913/14 rund 27 Millionen Doppelzentner. Davon wurden 11 1/4 Millionen Doppelzentner ausgeführt. Von dieser Ausfuhr gingen nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich im Jahre 1913 837 583 Tonnen nach England.

Durch den Krieg und durch das deutsche Ausfuhrverbot zu Beginn des Krieges mußte England sich nach anderen Versorgungsmöglichkeiten umsehen. Dadurch erhielten auch die Bestrebungen zur Förderung der Zuckerverzehrung in England selbst neue Nahrung. Tatsächlich sind seit dieser Zeit in England wieder neue Zuckerfabriken gebaut worden. Die englische Zuckerverzehrung betrug im Jahre 1913/14 rund 4600 Tonnen und ist bis zum Jahre 1925/26, also innerhalb 12 Jahren, auf rund 50 000 Tonnen gestiegen. Der Plan soll dahin gehen, in nächster Zeit die Produktion bis auf 300 000 Tonnen zu bringen, und das endgültige Ziel sollen 500 000 Tonnen sein.

Auch die jetzige Erzeugung ist nur noch ein kleiner Bruchteil des englischen Bedarfs. Wird aber die Erzeugung auf die Höhe gebracht, die man sich als endgültiges Ziel gesteckt hat, dann fällt diese Tatsache für Deutschland erheblich ins Gewicht. Nun hat aber der Zuckermarkt auch eine Verschiebung erfahren, indem England während des Krieges und in den Jahren nach dem Kriege seinen Zuckerbedarf vorwiegend aus tropischen Gegenden deckte, weil die deutsche Zucker-Industrie bis auf 1/3 ihrer Vorkriegsproduktion zurückgegangen war. Eine Ausfuhr kam für uns nicht in Frage, weil zunächst der eigene Bedarf gedeckt werden mußte. Den dadurch verlorengegangenen Markt gilt es nun wieder zu erobern.

Die geschilderte Entwicklung hat dazu geführt, daß auch der englische Staat der Zuckerverzehrung in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit geschenkt hat. Zunächst wurde versucht, die Zucker-Industrie durch Steuererlaß usw. zu begünstigen. Nach dem Kriege wurde eine direkte Subventionierung der Zucker-Industrie durch den Staat eingeführt. Für die Zeit vom 30. September 1924 bis zum 1. Oktober 1934 werden den Zuckerverzehrern Prämien in beträchtlicher Höhe gezahlt. Die Prämien betragen für ein cwt (etwas über einen Zentner deutschen Gewichtes) bei einer Polarisation von mehr als 98 Prozent vom 30. September 1924 bis 1. Oktober 1928 19 Schilling 6 Pence. Von da an bis zum 1. Oktober 1931 13 Schilling, und für die Zeit vom 30. September 1931 bis 1. Oktober 1934 6 Schilling 6 Pence. Den Fabriken ist die Verpflichtung auferlegt, beim Bau von Betrieben 75 Prozent der Maschinen in England zu beschaffen und den Rübenanbauern ein Rübelgeld in bestimmter Höhe zu zahlen. Diese hohe staatliche Unterstützung zeigt, welche Bedeutung die englischen Regierungen dem Problem der Zuckerverzehrung beilegen. Infolge dieser Begünstigungen sind in den letzten Jahren größere Konzerne, die zum Teil mit holländischem Kapital arbeiten, entstanden, die sich der Zuckerverzehrung widmen. Außerdem ist auch der Staat zum Teil direkt finanziell beteiligt.

Die Zuckerfabriken Englands sind mancher deutschen Zuckerfabrik gegenüber dadurch im Vorteil, daß die meisten Betriebe erst in den letzten Jahren erbaut sind und sich somit beim Neubau die technischen Erfahrungen zunutze machen konnten. Zwergbetriebe, wie sie bei uns noch bestehen, kennt man dort scheinbar nicht. Von einigen Betrieben liegen die Geschäftsergebnisse für das Jahr 1925/26 jetzt vor.

So wird in der Generalversammlung der English Beet Sugar Corporation berichtet, daß die Gesellschaft im letzten Jahre über 2 1/2 Millionen Zentner Rüben verarbeitet hat und „daß die Ergebnisse des letzten Jahres sehr befriedigend seien“. Die

Ausbeute betrug 16,73 Prozent, sie steht dem deutschen Durchschnitt nichts nach. Neben reichlichen Abschreibungen und Überweisungen wurde eine steuerfreie Gewinnverteilung von 12 1/2 Prozent in Vorschlag gebracht. Der Bericht nimmt auch kurz zu der Frage Stellung, was aus der Zucker-Industrie voraussichtlich wird, wenn die staatliche Unterstützung in Fortfall kommt. Es heißt hierzu:

Es wäre auch geflüßelt worden, daß die Fabriken nicht in der Lage sein würden, weiterzubestehen, wenn die Zahlung der Subsidie aufhöre. Es ist unwahrscheinlich, daß nach der teuren Erfahrung der Vergangenheit ihre Teilnehmer fortfahren würden, Geld in diese Industrie zu stecken, bei allen sie erwartenden Gefahren, wenn sie nicht die Absicht hätten, die Cantley-Fabrik als einen dauernden Markt für ihre Rübenbauer zu betreiben.“

In unbestimmter Form wird hier die Hoffnung ausgesprochen, daß die Zucker-Industrie nach genügender Festigung auch ohne staatliche Unterstützung bestehen kann.

Die Rübenzuckerfabrik Ipswich wurde erst im vorigen Jahre erbaut. Mit dem Bau wurde im März 1925 begonnen. Die Fabrik hat aber bereits während der Kampagne 1925/26 gearbeitet. Sie beschäftigte in der Hauptbetriebszeit 700 Leute. Die Baukosten für die Fabrik betragen nach dem Bericht 9 1/2 Millionen Mark. Die Ausbeute betrug 17,48 Prozent, die steuerfreie Gewinnverteilung wird in Höhe von 5 Prozent vorgeschlagen.

Die Rübenzuckerfabrik Eyl ist ebenfalls neu erbaut. Mit dem Bau wurde im Oktober 1924 begonnen. Die Fabrik liegt im Mittelpunkt einer Reihe wichtiger Wasserstraßen. Sie verfügt über 50 Röhre und Schlepper, die für die nächste Betriebszeit auf 100 gebracht werden sollen. Die Fabrik hat im ersten Betriebsjahr 1 600 000 Zentner Rüben verarbeitet, für das laufende Jahr sei eine viel größere Anbaufläche abgeschlossen. Es wird eine steuerfreie Gewinnverteilung von 6 Prozent vorgeschlagen. Der Bericht bemerkt außerdem, daß die großen Summen zur Eröffnung der Fabrik nur dadurch aufgebracht werden konnten, daß die holländischen Anteilhaber große Kapitalsummen investiert und dadurch ihr Vertrauen zu den neuen britischen Unternehmungen zum Ausdruck gebracht hätten.

Endlich berichtet die Zuckerfabrik Kelham, daß sie im Durchschnitt 14 000 Zentner Rüben verarbeitet hat. Die Ausbeute betrug 16,2 Prozent. Die Gesellschaft hat in der letzten Betriebszeit gut gearbeitet. Der erzielte Überschuß beträgt 22 455 englische Pfund. Außerdem hat sie ihre Hypothekenlast in den letzten Jahren bedeutend vermindert.

Aus allen Geschäftsberichten ist ersichtlich, daß die Fabriken den Rübenbauern nicht nur das vom Subsidengesetz vorgeschriebene Rübelgeld, sondern einen erheblichen Beitrag darüber hinaus gezahlt haben. Aus den Ausführungen geht aber auch hervor, daß man sich in England die größte Mühe gibt, die Zucker-Industrie hochzubringen. Die Hergabe großer Kapitalsummen von holländischen Geldgebern zeugt davon, daß auch diese die britische Zucker-Industrie als gesund ansehen und daß sie sich dauernd behaupten wird. Bemerkenswert ist noch, daß die Ausbeute in allen Betrieben hinter der deutschen Ausbeute nicht zurückbleibt.

Wie die Industrie sich weiter entwickeln wird, wenn die staatliche Unterstützung im Jahre 1934 in Fortfall kommen sollte, kann man natürlich nicht sagen. Das verhältnismäßig günstige Bild über das letzte Geschäftsjahr konnte scheinbar nur infolge der hohen staatlichen Unterstützung erreicht werden. Subventionierungen, namentlich in der Höhe, wie sie die Zucker-Industrie Englands erhält, sind aber auf die Dauer unmöglich. Wohin das führt, zeigen uns die gegenwärtigen Verhältnisse im englischen Bergbau. Auch ein Staat wie England kann sich das auf die Dauer nicht leisten.

Ein Unterschied besteht allerdings zwischen Zucker-Industrie und Bergbau in England. Der Bergbau soll, wie aus der Tagespresse wiederholt hervorging, zum Teil noch mit recht veralteten Betriebsrichtungen betrieben werden, während die Zucker-Industrie sich die neuesten Erfahrungen der Technik und Chemie zu eigen gemacht haben dürfte. Auch zeigen die aufgewendeten Mittel zum Bau der Betriebe und die verarbeiteten Rübenmengen, daß es sich hier durchaus nicht um Kleinbetriebe handelt. So dürfte es möglich sein, daß die Zuckerproduktion in England in den kommenden Jahren noch wesentlich gesteigert wird. Einen Vorteil aber hat die deutsche Zucker-Industrie gegen die englische voraus. Der deutsche Boden ist für die Rübe geeigneter und daher ertragreicher als der englische. Deshalb braucht die deutsche Industrie die englische Konkurrenz nicht allzu stark zu fürchten. Namentlich dann nicht mehr, wenn die staatliche Unterstützung fortfällt. Allerdings wäre es verkehrt, die weitere Entwicklung in England außer acht zu lassen.

Weißzuckerfabriken und Raffinerien.

Im „Profetarier“ wurde wiederholt darauf verwiesen, daß die deutschen Rohzuckerfabriken sich in der Nachkriegszeit immer mehr darauf umgestellt haben, gleichzeitig Weißzucker, d. h. verbrauchsfähige Ware, herzustellen. Solange der Zucker knapp war, fragten die Konsumenten nicht danach, in welcher Form sie den Zucker erhielten. Dadurch wurde das Bestreben zum Ausbau der Rohzuckerfabriken auf Weißzucker gefördert. Die einfache Weißzuckerfabrik ist aber nicht in der Lage, Stäbchenzucker, Brote, Bäcker usw. herzustellen. Daraus sind nur die Raffinerien eingefestigt. Je mehr nun der Konsument wieder festen* anstatt losen Zucker fordert, desto mehr muß auch die Industrie sich wieder auf die Produktion von festem Zucker einstellen. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren die Zusammenfassungsverbindungen der Rohzuckerfabriken und Raffinerien zu gemeinsamen Konzernen große Fortschritte gemacht haben. Die dem Konzern angehörenden Rohzuckerfabriken haben aber an der Weißzuckerherstellung kein Interesse, weil ja die Konzernraffinerien den Zucker auf ihre Rechnung raffinieren. So ist aus in den letzten Jahren eine rückläufige Bewegung eingetreten.

Die Deutsche Zuckerindustrie bringt in ihrer Nr. 30 herüber eine Zusammenstellung, der wir folgende Tabelle entnehmen, die zeigt, wie sich die Herstellung von Verbrauchszucker in den letzten 12 Jahren entwickelt hat:

Erzeugung von Verbrauchszucker.

Jahr	In ganzen	Davon wurden hergestellt in Weißzuckerfabriken	Raffinerien
1912/13	1 718 599 t	452 282 t = 26,3 %	1 266 317 t = 73,7 %
1921/22	1 166 090 t	413 407 t = 35,5 %	752 683 t = 64,5 %
1922/23	1 227 551 t	504 427 t = 41,1 %	723 124 t = 58,9 %
1923/24	1 072 449 t	475 658 t = 44,3 %	596 791 t = 55,7 %
1924/25	1 423 714 t	622 857 t = 43,7 %	800 857 t = 56,3 %

Unsere Kollegen aus den Raffinerien haben wiederholt die Bestärkung zum Ausdruck gebracht, daß die Raffinerien durch den Entwicklungsgang zum Weißzucker immer mehr eingeschränkt würden. Aus obiger Tabelle ist indes ersichtlich, daß die Entwicklung wieder zugunsten der Raffinerien geht. 1922/23 war der niedrigste Stand bei den Raffinerien von 54 Prozent der Gesamtmenge, während 1924/25 56,3 Prozent von den Raffinerien verarbeitet wurden. Da die Zusammenfassungsverbindungen zu Konzernen im letzten Jahre weitere Fortschritte gemacht haben, dürfte im letzten Jahre der Anteil der Raffinerien wieder gestiegen sein.

Verglichen mit dem Jahre 1912/13 haben die Raffinerien im Jahre 1924/25 ungefähr 2/3 der Menge von 1912/13 verarbeitet. Die Rohzuckerfabriken sind gegenwärtig zu 1/3 beschäftigt, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine Anzahl Rohzuckerfabriken stillgelegt sind. Die Raffinerien haben also ihren Vorkriegsanteil bei der Verarbeitung noch nicht erreicht. Die Entwicklung geht aber wieder zu ihren Gunsten.

E. S.

Verschiedene Industrien

Rationalisierung der Spielwaren-Industrie.

In der Spielwaren-Industrie läßt sich nicht jede Art Handarbeit durch die Maschine ersetzen. Man kann sich z. B. nicht vorstellen, wie man das Bemalen der Puppenköpfe oder sonst zu bemalende Artikel mittels Maschine vornehmen könnte. Man kann wohl diese Gegenstände durch eine Farbspritze bearbeiten. Das geschieht heute schon zum Teil. Malen wird man aber mit der Maschine auf keinen Fall können. Man kann sich auch nicht vorstellen, wie eine Frisur mit der Maschine aufgesetzt oder in allen ihren Teilen bearbeitet werden könnte. Augenentsetzen mit der Maschine kann als ein Umling betrachtet werden. Teilarbeiten, wie angeführt, gibt es in der Spielwaren-Industrie eine ganze Menge, bei welchen im voraus nicht mit Maschinenarbeit gerechnet werden kann. Es wird deshalb eine Anzahl von Arbeiten vorerst für die Hand übrig bleiben. Das bedeutet, daß die Rationalisierung nicht in erster Linie den Haus- und Heimarbeitern den Tod bringen wird, sondern jenen Zwischengebildeten, wie vom Verlag „abhängigen Fabrikanten und selbständigen Gewerbetreibenden“. Sie sind überflüssig! Ihre Beseitigung bedeutet Verbilligung. Die Lage der Heim- und Hausarbeiter wird sich durch Beseitigung dieser Zwischenglieder verbessern können.

Der Verkehr zwischen dem an den Verlag angegliederten Fabrikbetrieb und den Haus- und Heimarbeitern wird ein direkter. Wie schon früher, so hängt auch gegenwärtig die Mehrzahl der Haus- und Heimarbeiter von den oben beschriebenen Zwischengebildeten ab. Diese Zwischengebildeten können als die schlimmsten Lohndrücker genannt werden. Der Lohndruck geschieht aus einer Zwangslage heraus. Der Verleger schreibt den Lieferpreis für Waren dem Zwischenglied vor. Das Zwischenglied (Kleinfabrikant und selbständige Hausgewerbetreibende), das diesen Auftrag angenommen hat, ist gezwungen, in der Hauptsache Lohndruck vorzunehmen, um überhaupt den Auftrag ausführen zu können. Dieser Zustand würde eingedämmt werden können, wenn die Zwischenglieder aus dem Fabrikationsprozeß ausgeschaltet würden. Der Beweis dafür, daß sie als Lohndrücker auftraten, ist damit geliefert, daß Teilarbeiter, die für unabhängige selbst exportierende Fabriken arbeiten, den Lohndruck nicht in der Form verspüren, wie dieses der Fall bei Teilarbeitern ist, die für den vom Verlag abhängigen Kleinfabrikanten und selbständigen Gewerbetreibenden arbeiten.

Der Verlag von heute ist in seiner Beschaffenheit und Wirkung auf die Hausindustrie nicht mehr erträglich zu nennen. Seine Zusammenlegung mit Fabrikationsbetrieben ist daher erstrebenswert. Rationelle Betriebsführung wäre dadurch gesichert. Vom Verlag hängt die Hausindustrie in ihrem vollen Umfange ab. Nun tritt als Konkurrent gegen den Verlag der Fabrikbetrieb mit Export auf. Diese Tatsache zwingt den Verlag, beim Einkauf keine höheren Preise anzulegen, als die von der Fabrik Konkurrenz errechneten Gestehungskosten. Dieser Zustand wirkt sich dergestalt aus, daß in den meisten Fällen der Anfertigungspreis für Spielwaren vom Verleger an Hausindustrielle und Kleinfabrikanten vorgeschrieben ist.

Von den Hausindustriellen und Kleinfabrikanten hängen wiederum oft 20 bis 30 verschiedene spezialisierte Hausarbeiter ab, welche die Auswirkung des vom Verleger vorgeschriebenen Preises in Form des Lohndruckes zu spüren bekommen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wirkt der Verlag von heute (nur Handel treibend, keine Fabrikation) lohndrückend. Dieser Lohndruck macht sich auf die Hausarbeiter immer mehr bemerkbar, je mehr Fabrikationsbetriebe mit gleichzeitigem Handel fortschrittlich und rationell ausgebaut werden. Die Arbeitszeit der Heimarbeiter steigt hierdurch ins Unermessliche. Durch Kombinierung der Spielwaren-Industrie im Fabrikbetrieb ist es dem Fabrikanten möglich, den Preis für Fertigfabrikate zu senken. Der Verleger, der nur Handel, keine Produktion treibt, muß dieser Preisenkung folgen, wenn er seinen Bestand erhalten will. Der Lohndruck auf die Hausindustrie setzt dann, wie oben angeführt, aufs neue ein. Auf Grund dieser Untersuchung erscheinen die Verleger überflüssig. Die Parole muß daher sein: Fort mit dem Verlag, der keine Produktionswerkstätte hat!

Zur Verbilligung der Produktionsweise in der Spielwaren-Industrie haben wir jetzt zwei Gesichtspunkte herausgehoben. Ausschalten der Kleinfabrikanten und selbständigen Hausgewerbetreibenden und Zusammenlegung von Verlag mit dem Fabrikbetrieb. Diese Operation führt zweifellos zu einer Kombination der Hausindustrie. Hier liegt auch das Problem in maschineller Richtung erst in zweiter Linie. Aus den ehemals unzähligen Kleinbetrieben werden durch Kombination wenige größere Betriebe entstehen. Die als Hausarbeiter zurückbleibenden Teilarbeiter könnten hierdurch dem Lohndruck nicht mehr in der Form ausgesetzt werden, wie das in der gegenwärtigen Gliederung der Spielwaren-Industrie der Fall ist.

Wie könnte ein kombinierter Betrieb in der Spielwaren-Industrie aussehen? Die heutige Betriebsform, als die nicht kombinierte, ist als unrentabel anzuspochen. Sie beschäufigt in dem Betrieb in den meisten Fällen einige Gehilfen als Fertigmacher, hat vielleicht auch eine Malerei oder auch eine Friseurabteilung. Alle übrigen Teile des Produktes, die

häufig zwischen 20 und 30 zu stehen kommen, werden außerhalb des Betriebes von Hausarbeitern und Gewerbetreibenden hergestellt. Dabei kommt es nicht selten vor, daß die in Frage kommenden Hausgewerbetreibenden und Hausarbeiter mehrere Stunden vom Fabrikbetriebe entfernt wohnen. Eine Unmenge Zeit wird durch den Transport der Teilfabrikate vom Wohnort des abhängigen Gewerbetreibenden und Hausarbeiters zum Fertigmachungsbetrieb verfließen.

Der kombinierte Betrieb wird den größten Teil der spezialisierten Sparten in sich aufnehmen. Er wird die Arbeit dadurch zweckmäßiger verwenden können, als dieses bei dem heutigen Zustand der Betriebsführung möglich ist. Der zu erstrebende kombinierte Betrieb wird folgendes Gesicht zeigen: Maschinenbau, Modellerei, Formerei, Glasererei, Trockenanlagen, Absteinererei und Verputzererei, Malerei und Spritzerei, Abteilung für Augenoptiker, Friseurabteilung, Fertigmacherei, Abteilung zum Einnähen von Fertigfabrikaten, Packraum und andere Abteilungen mehr. Daneben werden Kartonagenabteilung, Stanzererei und Ristenstreicherei und dergleichen zu finden sein. Dieses für einen Puppenbetrieb!

In der kombinierten Betriebsform der Spielwarenherstellung wird das maschinelle Element über die Handarbeit überwiegen. Eine Normierung der jetzt reichhaltig vorhandenen Artikel würde zweifellos die Folge sein, wie das überall der Fall ist, wo die Maschine in den Vordergrund tritt.

Die Entwicklung durch Kombinierte zur Rationalisierung, Normierung und Typisierung schreitet unaufhaltsam vorwärts. Das hat auch die Sonneberger Spielwaren-Industrie erfahren, während noch bis vor ganz wenigen Jahren direkt primitive Fabrikationsweise in der Spielwaren-Industrie eine „Monopolstellung“ auf dem Weltmarkt besaß, fast alle Länder, die wir kennen, Käufer dieser Monopolware gewesen sind, erleben wir seit einigen Jahren (1918), daß diese Monopolstellung zerfallen, die Fabrikation eine veraltete ist. Es hat sich nach dem Kriege herausgestellt, daß unter gänzlich veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnissen bei einer grundsätzlichen Umgestaltung der Absatzmöglichkeit, eine Neubildung von Inlands- und Auslandskonkurrenz und bei einer Neuorientierung der internationalen Zollpolitik die alte Arbeits- und Produktionsmethode nicht mehr in allen Situationen ausreicht, um allen neuen Anforderungen der Zeit gerecht werden zu können.

Es ist auch den Sonnebergern aufgefallen, daß die nach dem Kriege neuentstandenen Konkurrenzbetriebe im In- und Ausland den Kleinbetrieb oder die Hausindustrie nicht kennen. Alle diese neuentstandenen Betriebe sind direkt zum Fabrikbetrieb übergegangen und haben damit recht konkurrenzfähig wirken können. Gerade durch diesen Umstand sind den Führern der südhäringischen und nordfränkischen Spielwaren-Industrie die Augen geöffnet worden. Man hat auch hier allmählich erkannt, daß die veränderten neuen Verhältnisse neue Arbeits- und neue Produktionsmethoden bedingen. Die allzulange anhaltende Krise hat den Weg, der nunmehr zu begehren ist, mit zwingender Deutlichkeit gezeigt. Man weiß sehr gut, daß ein vollständiger Umstellungsprozeß in der Spielwaren-Industrie vorzunehmen ist, um wieder als Führer auf dem Weltmarkt zu erscheinen. Man müßt sich in letzter Zeit festlich ab, um neue Produktionsmethoden in der Industrie einzuführen. Aber so natürlich auch die Entwicklung anderer Industrien vom Hausbetrieb zum Fabrikbetrieb gewesen ist und so reibungslos verhältnismäßig diese Entwicklung dort vor sich gegangen ist, so kompliziert und so schwierig erscheint dieses wirtschaftliche Problem in seiner Anwendung auf die Spielwaren-Industrie in Sonneberg und Umgebung. Die Erkenntnisse für die Notwendigkeit einer Umstellung ist vorhanden, aber der Verwirklichung stehen in der Praxis ungeheure Schwierigkeiten im Wege. Die Zusammenarbeit aller wird nötig sein, um die Umstellung zum Guten voranzutreiben zu können.

Die Spielwaren-Industrie steht jetzt in einer Übergangszeit. Das Alte erweist sich nicht mehr widerstandsfähig genug, das Neue ist erst im Werden begriffen. Der Kampf der Handarbeit gegen die Maschinenarbeit, soweit die Handarbeit durch die Maschine zu ersetzen ist, spielt sich jetzt ab. Wer Sieger bleiben wird, ist nicht zweifelhaft. Die Geschichte hat uns gezeigt, daß die Handwerker von der Maschine und den Manufakturbetrieben verdrängt worden sind. Die Maschine wird in der Spielwaren-Industrie denselben Siegeszug antreten, ja sogar antreten müssen, will sie den Anforderungen der neuen Zeit gerecht werden!

H. Eiflein.

Zur Hebung der Frauen- und Feder-Industrie.

In allen für Damenputz zugehörigen Städten der Welt hat sich in den letzten Monaten eine Bewegung für Garnierung der Damenputz mit Blumen, Früchten und Federn bemerkbar gemacht. Diese Freude des Damenputzes war seit Jahren aus der Mode gekommen. Man hatte sich für das Einfache des Putzes mit wenig oder fast gar keinem Putz entschieden und sich daran gemöhnt. Auf die Industriezweige für künstliche Blumen, Früchte und Federn hätte die vergangene Blütezeit und jederläufige Zustand wirtschaftlich schädigend gewirkt. Der Absatz ging stark zurück. Die dadurch bedingte Erwerbslosigkeit hing von Saison zu Saison.

Bei dieser Erscheinung dürfte die in letzter Zeit begonnene Gegenbewegung zu berücksichtigen sein. Man ist in den Hauptstädten bemüht, für gesamte Industrien wieder genügend Arbeitsmöglichkeit zu beschaffen. Die zugehörigen Kreise für Putzputz in London, Rom, Paris, Wien und Berlin gehen bei der Bewegung für Frauen- und Federindustrie der Damenputz Hand in Hand.

Die „Kunstliche Blumen“ schreibt in einem ihrer Aufsätze im voraus für werdenden Mode:

„Was kann wohl sagen, daß man durch eindringliche Klagen den Putz bis jetzt erhalten und dem garnierten Hut viel Freude machen werden bei. In großen und ganzen wird keiner Blumenputz die großen und kleinen Modellen große Ansehen, weil diese Putz, keine Tulpen, Stachelhäcker, Rosen, künstliche Früchte, Blumen, sondern in naturgetreuer Weise zu sehen, ihren, Erdbeeren, Kirschen und kleineren Früchten reiche sie an, niedrigeren Pflanzenputz werden die kunstfertigen Frauen aus dem Material gemacht. Nach Möglichkeit bringt man Blumen und hat in großer Freude. Einmal die Zeit hat noch immer besteht, wie alles Zeit und Mühe, etwas wie Komma, wie Lüge, wie opera (freier und manne (Ehre); was ist ein Tier, dessen Ansehen zwischen Fraue und Handert (König). Für fortwährende Klage Putz sind Zerfallen, Gärten, Orange, Kirschenputz, gekündigt; nebeneinander steht man häufig Koralle und Dunkelblau.“

Sehr hübsch und flott garnierend ist ein Feldblumenputz, dessen Ähren und Kornblumen strahlig im Kreise stehen. Ähnlich flach und in schräger Linie an den Kopf gelegt ist eine schmale Girlande mit einer dicken Rose in der Mitte, dunklen Kornblumen an einem Ende, Stiefmütterchen und Ähren an anderen. Unterblenden, ganz aus kleinen Samtblüten zusammengestellt, sieht man viel zu gerafften Köpfen, ebenso hübsch-dicke Kränze, rückseitig breit, nach vorn schräg und schmal verlaufend, in denen Margueriten, Trauben und Obst zusammen verbunden sind. Violetter Füll und ein bräunlicher Schlüsselblumenputz ergeben ein flottes jugendliches Häßchen.“

Bei Erneuerung bleiben die Entwerfer von Neuheiten nicht beim Damenputz stehen, sie geben zu anderen Modestücken über und bieten solche auf dem Markt an. Die Zeitschrift „Damenputz“ (Berlin) schreibt unter dem Titel „Neues aus Blumen.“ hierzu folgendes:

Blumen, die als Ansteckblumen und als Aufsatz der Hüte wieder mehr in Erscheinung treten und aus dem langen Schlaf der Vernachlässigung erwachen, werden neuerdings auch an anderen Modestücken als Vorbild und zur Anregung gebracht. Die Schirmbranche bringt eine neue Serie Sonnenschirme, die aus großen ombrierten Rosenblättern zusammengestellt sind. Solche Schirme wirken apart und nett und jedenfalls viel besser als die bedruckten Papier- und Stuchschirme oder sonstige Extravaganzen, die nur für den Strand verwendbar sind. In festerer Ausführung kann man sie sogar als Wellenschirm benutzen, andererseits muß dafür allerdings schon Taft oder Seide als Material verwendet werden und die Farbe muß gedeckter sein. — Außerst hübsche Pompadours und Beutel macht man aus Blumen, hergestellt, daß der untere Teil, also der Beutelteil, aus zusammengefügten Röschen, Margueriten, Mohrköpfchen oder anderen Blüten gefertigt wird, während die Stiefel nach oben streben und deren Enden den Abschluß bilden. Innen wird der Pompadour oder die Tasche mit Seide oder Taft ausgefüllt, was sehr schöne Motive ergibt. Und da dieser Beutel ganz besonders für die kommende Gesellschaftssaison geeignet ist, wird er der Blumenbranche wahrscheinlich immerhin einige Beschäftigung und Arbeit bringen können.“

H. E.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

„Eigenhilfe“, Feuer- und Sachversicherungs-A.-G., Hamburg.

Die „Eigenhilfe“, Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg, ein auf gemeinnütziger Grundlage beruhendes Unternehmen der Genossenschaften und Gewerkschaften, hat ihren Betrieb eröffnet. Sie ruft hiermit allen organisierten Arbeitern und Angestellten die Kongreßbeschlüsse in Erinnerung, durch die sie verpflichtet sind, bei ihren eigenen Unternehmungen Versicherungsschutz zu suchen. Wenn die Erhaltung seiner sauer erworbenen Habe am Herzen liegt, wer sich gegen ein plötzliches hereinkommendes Unglück schützen will, der verschlere schleunigst bei der „Eigenhilfe“ und lege gleichzeitig dafür, daß dieselbe überall Eingang findet. Bei billiger Prämienberechnung werden sämtliche Versicherungen gegen Feuer, Einbruchdiebstahl usw. übernommen. Im Schadensfall wird eine kulanter Regulierung zugesagt.

Anfragen sind zu richten an die örtlichen Vermittlungsstellen, das sind die Geschäftsstellen der Konsumvereine und der Volkswirtschaft.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Die deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene

hält ihre dritte Jahreshauptversammlung vom 16. bis 18. September 1925 in Wiesbaden im Kurhaus ab. Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder der Gesellschaft 5 Mk., für Nichtmitglieder 10 Mk. (Einzahlung auf Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 16885 des Instituts für Gewerbehygiene erheben.)

Anmeldungen wollen baldigst an die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9, gerichtet werden.

Wohnungsanmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn sie bis spätestens Dienstag, den 31. August, bei der Geschäftsstelle eingegangen sind.

Die Teilnehmerkarten der Jahreshauptversammlung gelten zugleich als Ausweis zum freien Besuch des Kurhauses und des Kochbrunnens.

Da Wiesbaden zum bestetzten Gebiet gehört, müssen die Kongreßteilnehmer einen Reisepass bzw. einen mit Lichtbild versehenen polizeilichen Personalausweis haben.

Die Tagesordnung der dritten Jahreshauptversammlung enthält folgende Referate: Physiologie der Ermüdung (Referent: Prof. Dr. H. Kähler, Berlin, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie), Methodische Bemerkungen (Referent: Dr. Lehmann, Berlin, Assistent des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie), Arbeit und Ermüdung, Ermüdungsanalogie, Erholung (Referent: Gemeindevorstand Dr. Veltke, Wiesbaden), Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiete der Ermüdung und ihre Innenbedeutung auf die Praxis (Referent: Prof. Dr. Sachenberg, Dresden, Technische Hochschule), Gewerbliche Ohrenschädigungen (Referent: Sanitätsrat Dr. Pöfner, Berlin). Die technischen Maßnahmen zur Verhütung und Verminderung der Entsehung und Übertragung von Erschütterungen und starken Geräuschen (Referent: Gewerberat Dr. Mann, Münster i. W.).

Wirtschaftliches.

Der steigende Einfluß des Bankkapitals auf die Industrie.

Wie sehr die Macht des deutschen Bankkapitals gegenüber der Industrie in demernden Steigen begriffen ist, davon gibt ein deutscher Bankfunktionär in der jüngst erschienenen hochjährligen Bankumfrage des „Manchester Guardian Commercial“ die folgende Darstellung: „Es kann heute ohne Überdrehung gesagt werden, daß die Banken einen gewaltigen Einfluß auf die deutsche Industrie besitzen. Sie haben die Stellung, die sie vor dem Krieg innehaben, wieder gewonnen, so aber, daß sie nur sehr selten als Geber oder Lehaber erscheinen, vielmehr auf die Gewährung von Krediten einen Einfluß ausüben, der zwar indirekt, deshalb aber nicht weniger wirksam ist. Durch ihre Entscheidung über die Kreditgewährung sind die Banken in der Lage, bei den allermeisten Industrieunternehmungen über Sein oder Nichtsein zu bestimmen. Das große und wehrerhämte Konzern ihre Unabhängigkeit dadurch erreicht erhalten haben, daß sie Kredite im Ausland ohne Vermittlung deutscher Banken erhielten, zeigt nur noch deutlicher die Lage, in welcher sich die große Masse der deutschen Industrieunternehmen befindet. Selbstverständlich suchen die mittleren und kleineren Unternehmungen neue Wege zur Lösung des Kreditproblems ohne Hilfe der Banken. Zum Teil versuchen sie, Spezialbanken zu gründen, die den Anforderungen der einzelnen Industrie angepasst sind. Aber diese Banken sind nicht zu irgendeiner Bedeutung gelangt, nur in besonderen Fällen, so in der Textil- und Brauindustrie, wurden Erfolge erzielt, besonders wenn die Spezialbank durch irgendeinen großen Konzern gefördert wurde. In der Automobilindustrie erlangten diese Spezialbanken Bedeutung, indem sie mit Hilfe fremden Kapitals versuchten, das Abhängigkeitsverhältnis zu lösen. So oft die Banken sich in Kreditangelegenheiten nicht einlassen wollen, und so oft Kredithilfe vom Ausland nicht zu erhalten ist, werden sich die Unternehmungen an das Reich, an die Einzelstaaten oder an Gemeinden. So war es besonders bei der Eisen-, Maschinen-, Lokomotiven- und Schiffbauindustrie, welche außerordentlich schwer unter der Wirtschaftskrise liden. Wahrscheinlich wird der selbstverordnete Einfluß der Banken in Zukunft noch zu einem noch stärkeren, sobald eine wirtschaftliche Neubeherrschung eintritt, der Kapitalbedarf in einer großen Anzahl von Industrien stark wachsen wird. Denn wird zur Kreditgewährung

noch die Ausgabe neuer Anteilscheine hinzukommen, was sich in der weiteren Stärkung der Machtstellung der Banken auswirken wird.“

Rundschau.

O, weiser und gerechter Richter...

Die Parteien werden aufgerufen und betreten das Verhandlungszimmer. Der Kläger, ein junger Mann mit nicht übertriebenem intelligentem Gesicht, die Stiefelstöße zusammen und macht eine tadellose Verbeugung vor dem Richter. Er scheint mit dem Eindruck, den er auf den Richter gemacht hat, zufrieden zu sein, denn er folgt selbstgefällig der Einladung, Platz zu nehmen. Die Klage lautet auf Nachzahlung des Tariflohnes. Da es sich um einen Tarif handelt, der nicht allgemein verbindlich ist, fragt der Richter den Kläger, ob er einer Gewerkschaft angehört. „Herr Richter, ich bin vaterländisch gestimmt und brauche keine Gewerkschaft.“

Dann haben Sie keinen Anspruch auf den Tariflohn, denn der ist nur für Gewerkschaftsmitglieder bestimmt.“

Der Kläger steht den Richter ungläubig, mißtrauisch an. Der Richter fragt weiter: „Woher glauben Sie denn, daß die Tarife stammen?“

„Ich weiß es nicht. Aber der Tarif muß doch bezahlt werden, wie Eisenbahntarif oder der Straßenbahntarif.“

Der Richter schüttelt mit einem Kopfschütteln. „Dann müssen Sie sich mal erkundigen. Im übrigen wird Ihre Klage abgewiesen, da Sie keiner Gewerkschaft angehören.“

Der Kläger geht ohne die geringste Verbeugung ab. Der Richter ist seiner Meinung nach nicht vaterländisch gestimmt. („Dresdener Volkszeitung.“)

Fleharbeit-Lagung auf der Kölner Herbstmesse.

Im Zusammenhang mit der Sonderausstellung Fleharbeit auf der Kölner Herbstmesse (12. bis 17. September) veranstalten am 15. September der Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung und der Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung (beide beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Verbindung mit dem Messelausschuss für Wirtschaftlichkeit) eine wissenschaftliche Lagung, auf der die Hauptfragen der Fleharbeit in einer Reihe von Vorträgen behandelt werden. U. a. werden sprechen: Generaldirektor a. D. H. Hinzenhal, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, über „Die Voraussetzungen wirtschaftlicher Fertigung“, Direktor Dipl.-Ing. F. Mäckbach, Obmann des Ausschusses für Fleharbeit beim Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung, über „Erfahrungen bei Durchführung von Fleharbeit“, Fritz-Kaufmann, Dr. A. Hellwig über „Betriebswirtschaftliche Vorbedingungen zur Einführung von Fleharbeit“, Universitätsprofessor Dr. E. Schmalenbach, Obmann des Fachausschusses für Rechnungsweisen beim Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung, über „Allgemeinwirtschaftliche Erfordernisse zur Einführung der Fleharbeit“.

Anmeldungen für die Lagung sind zu richten an den Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung, Berlin NW 7, Schadowstr. 1b. Der Betrag für die Teilnehmerkarte (3 Mk.) zuzüglich Porto für Einzahlung ist zu überweisen auf Postcheckkonto „Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung Berlin 119 15“.

Die privaten Aktiengesellschaften in Sowjetrußland.

Nach dem Gesamtkapital der Aktiengesellschaften der RSFSR, unter dem Gesichtspunkt der Kapitalquellen betrachtet, ergibt sich folgendes Bild über die Kapitalbeteiligungsverhältnisse in der heutigen russischen Wirtschaft:

Staatskapital	68,9 Prozent
Genossenschaftskapital	4,2
Gewerkschaften und Parteiorganisationen	0,5
Privatkapital	26,1
Gemischte Gesellschaften	0,1
Unbestimmt	0,2

Die Zahl der privaten Aktiengesellschaften in der RSFSR zeigt ein ununterbrochenes Wachstum. Es entstanden neu:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital
1922	2	352 500 Rubel
1923	4	790 000
1924	8	1 700 000
1925	19	2 695 000

Seit 1924 ist die Wirtschaftspolitik des Volkskommissariats für Innenhandel, wie in Nr. 14 der „Volkswirtschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“ reifer mitgeteilt wird, darauf gerichtet, das Privatkapital von den weiteren Handelsunternehmungen abzulenken und solchen industriellen Gesellschaften zuzuführen, die sich mit der Herstellung von Waren beschäftigen, die von der Staatsindustrie nicht in genügendem Maße oder überhaupt nicht produziert werden. Von 32 privaten Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 5 537 500 Rubel befaßen sich 25 Gesellschaften (4 235 000 Rubel) mit Erzeugung und Vertrieb. In gemischten Gesellschaften ist das Privatkapital nur mit 98 800 Rubel beteiligt. Das Verhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln der privaten Aktiengesellschaften zeigt folgendes Bild: Eigene Mittel 20 Prozent, fremde Mittel 80 Prozent.

Soweit das private Aktienkapital sich in Handel und Industrie betätigt, verteilt es sich u. a. auf einzelne Warengruppen wie folgt:

Textilwaren	19,0 Prozent
Nahrungsmittelgewerbe	18,9
Lederwaren	13,1
Galanteriewaren	10,0

Die Zulassung privaten Kapitals in Aktienform hat nach Auffassung der für den inneren Handel zuständigen Behörden der RSFSR im allgemeinen günstigere Resultate gebracht, um so mehr, als die Verpflichtung der Aktiengesellschaften zu öffentlicher Rechnungslegung die allgemeine Kontrolle und die Verfolgung der Entwicklung auf diesem Gebiete erleichtert.

Literarisches.

Stoffwechselkrankheiten, Fettstoff, Zuckerkrankheit, Gicht, von Prof. Dr. Strauß, geb. 1855, Max Hesses Verlag, Berlin W 15. In musterwürdiger Weise hat sich der bekannte Berliner Spezialist seiner Aufgabe entledigt. Nach einer Einleitung über den normalen Stoffwechsel verbreitet er sich über die Stoffwechselkrankheiten im allgemeinen. In ausführlichen Kapiteln werden die Erscheinungen bei Fettstoff, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumatismus usw. behandelt, der Krankheitsverlauf geschildert, der heutige Stand der Heilungsmöglichkeiten angegeben. Zum Schluß gibt der Verfasser Ratsschlüsse als Frucht langjähriger Erfahrungen. Da die Stoffwechselkrankheiten wieder stark zugenommen haben, ist das Buch zu begrüßen.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 3. Jahrgang 1926, Heft 8, 64 Seiten. Preis 1 Mk. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Im Heft 8 beschäftigt sich Dr. Broecker mit Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenunterstützung. In Harde reichen statistischen Material behandelt Regierungsrat Margarete Krapp die Tarifliche Regelung der Hausarbeiter-Heimarbeit-Löhne. — Alexander Knoll widmet der wichtigen Frage Auswanderung oder Innenkolonisation eine eingehende Untersuchung. — Dr. Paul Plant unterzieht einen Aufschuß des durch seine Mitarbeit am „Arbeiterbeut“ und neuerdings am „Stahlhelm“ auch in Gewerkschaftskreisen bekannt gewordenen Soziologen Drachmann einer scharfen Kritik. — Valentin Hartig gibt in einem Aufsatz „Stand der Volkswirtschaft in Deutschland“ einen Überblick über die Organisationsentwicklung in Deutschland, die dieser großen Aufgabe dienen.

„Die Frauenwelt“. Jedes Heft 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf. Zu beziehen durch alle Postämter oder durch die Volksbuchhandlung.

III Aus der Industrie III

Chemische Industrie

Was wissen wir vom deutschen Farbentrust?

II.

In neuerer Zeit beschäftigt sich die Öffentlichkeit ununterbrochen mit dem Problem der synthetischen Treiböl-gewinnung aus Kohle. Ein Teilverfahren stellt die bereits erwähnte Herstellung von Methanol im Leunawerk dar. Das Prinzip der Kohleverflüssigung ist aber nicht die Gewinnung von Methanol, man will vielmehr direkt zu leichten Kohlewasserstoffen, also zu Benzinen, kommen. Vor mehr als Jahresfrist gab die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bekannt, daß Geheimrat Prof. Dr. Duisberg, der Generaldirektor der Eberfelder Farbwerke, in Leverkusen in einem Vortrag vor einer amerikanischen Delegation ausgeführt habe, die wirtschaftliche Welt würde durch die Erfindungen in der deutschen chemischen Industrie sehr bald in Erstaunen gesetzt werden. Es handle sich dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Lösung des Problems der Verflüssigung der Kohle zu Treibölen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen ließ daraufhin ein Dementi los, wonach die Angaben Dr. Duisbergs nicht überschätzt werden sollen. Allzu große Hoffnungen dürften auf die Angaben nicht gesetzt werden, denn es sei bisher nur gelungen, einen Betriebsstoff herzustellen, der das Klopfen im Motor verhütet und unter dem Namen Motalin in den Handel kommt.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß Prof. Dr. Bergius seine Versuche, Kohle in Öl überzuführen, abgeschlossen hatte. In einer größeren Versuchsanstalt bei Mannheim werden die Versuche in die Technik praktisch übertragen. An diesem sogenannten Berginverfahren hatte sich die Badische Anilin- und Sodafabrik das Mitbestimmungs- und Ausbeutungsrecht gesichert. In einem eigenen Verfahren ist dann die Badische Anilin- und Sodafabrik auf anderem Wege zu denselben Resultaten wie Bergius gelangt. In ihrem Werk Ludwigshafen am Rhein stellt die Firma nach diesem Verfahren leichte Kohlewasserstoffe in der Form von Benzinen und Alkoholen her.

In neuerer Zeit ist von den Plänen der ehemaligen Anilin-fabrik, der jetzigen Jgsag, soviel in die Öffentlichkeit gedrungen, daß mit Sicherheit angenommen werden darf, die Errichtung von Fabriken größten Ausmaßes zur Herstellung leichter Kohlewasserstoffe steht direkt bevor. Es verlautet, daß die Tagesleistung der neuen Fabrik 1000 Tonnen betragen soll. Deutschland hat im letzten Jahre etwa 420 000 Tonnen Betriebsstoff aus ausländischen Mineralölen eingeführt. Wird die Produktion von 1000 Tonnen täglich in der neuen Fabrik erreicht, dann wird Deutschland mit einem Schlage von der Einfuhr ausländischer Mineralöle frei, denn die Jgsag will ihren Betrieb auf Braunkohle einstellen, so daß das Berginverfahren auf Steinkohle bei dieser Menge vorläufig ganz außer Betracht bleibt. Nach dem Berginverfahren auf Steinkohle wird aber in aller nächster Zeit die Gesellschaft für Teerverwertung in Meiderich einen Betrieb erstellen. Selbstverständlich ist die Jgsag auch an der Lizenz der Teerverwertung Meiderich beteiligt.

Angeichts dieser Tatsachen schrieb die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Ruhr-Industrie, die auch nahe Beziehungen zur Jgsag unterhält, daß das Dementi der Badischen Anilin- und Sodafabrik seinerzeit allgemeines Kopfschütteln erregt hat. Nachdem jetzt bekanntgeworden ist, daß eine Fabrik errichtet wird, die eine tägliche Produktionsmöglichkeit von 1000 Tonnen Treiböl zuläßt, kann die Jgsag nicht mehr bestreiten, daß ihr die Lösung des Problems der Kohleverflüssigung gelungen ist, denn kein Mensch glaubt, daß eine so große Menge von Motalin oder Methanol ab-gesetzt werden könnte, die die Errichtung einer solchen Fabrik rechtfertigen würde. Letzten Endes müssen es doch die mit der Jgsag verflochtenen Herren der Ruhr-Industrie wissen, ob die geschäftliche Leitung der Jgsag sich in mehr oder weniger gewagte wirtschaftliche Experimente einläßt.

Sowohl nach dem Berginverfahren wie auch nach dem Verfahren der Badischen Anilin- und Sodafabrik vollzog sich die Umkehrung der Kohle in Treiböl nur unter Einfluß erheblicher Wärme und großen atmosphärischen Drucks. Vor nicht langer Zeit wurde bekannt, daß im Kohlenforschungs-Institut in Bochum es gelungen ist, bei der Verflüssigung von Kohle unter normalem Atmosphärendruck zu arbeiten. Das Ziel wurde durch Anwendung geeigneter Kontaktmassen erreicht. Diese Kontaktmassen sind dazu angefaßt, eingeleitete chemische Reaktionen zu fördern und zu beschleunigen, ohne daß die Kontaktmassen selbst dabei irgendwie angegriffen werden. Aus dieser Erfindung schlußfolgerten einige Herren des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie, daß die Jgsag nunmehr ins Hintertreffen geraten sei, sie könne Kohle nur unter Druck verflüssigen und wäre nun aus der Konkurrenz ausgeschaltet. Uns ist aber bekannt, daß gerade die Jgsag in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen Wissenschaftler beschäftigt; die seit Jahren nichts anderes tun, als Kontaktmassen suchen. Die Kontaktmassen entziehen sich bisher noch jeder systematischen Einordnung. Es ist immer noch vom Zufall abhängig, ob und welche geeigneten Kontaktmassen gefunden werden. Wenn aber eine große chemische Fabrik, die heute der Jgsag ihren Stempel aufgedrückt hat, wissenschaftliche Versuchsanstalten unterhält, in denen Tausende von Mineralien, Metallen und Metall-salzen auf ihre Brauchbarkeit als Kontaktmassen untersucht sind, ist ohne weiteres anzunehmen, daß sich eine solche Gesellschaft von einem Zufallserfolg des Kohlenforschungs-Instituts nicht schlagen läßt. Die Tatsachen beweisen auch, daß die Jgsag darin nicht zurücksteht. Wir haben schon früher einmal Ähnliches erlebt, als man glaubte, die Herstellung der Ammoniaksalze aus Luftstickstoff wäre wirtschaftlich nur dort

möglich, wo, wie in Norwegen oder in der Schweiz, billige Wasserkraft zur Erzeugung des hochgespannten elektrischen Lichtogens zur Verfügung stehen. Der Badischen Anilin- und Sodafabrik war es vorbehalten, im Haber-Bosch-Verfahren den Luftstickstoff in Ammoniaksalze vorteilhaft umzusetzen, auch wenn der elektrische Strom durch Kohle erzeugt werden muß. Der Erfolg lag in der Anwendung geeigneter Kontaktmassen.

Angeichts dieser Tatsachen äußert sich der Bergbau sehr pessimistisch. In der Bergwerkszeitung wird ausgeführt, daß der Chemietrust in die Absatzgebiete mancher einheimischen Industriezweige mit seinen neuen Arbeitsverfahren erobert eindringt. Andere Industriezweige müssen mit der Möglichkeit rechnen, einträgliche Zweige der Weiterverarbeitung zu verlieren und in die Rolle des abhängigen Rohstofflieferanten gedrängt zu werden. Von diesem Gesichtspunkt aus soll auch der Bergbau alle Ursache haben, die Entwicklung der chemischen Industrie mit angepanntester Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Sier wird befürchtend ausgesprochen, was wir schon seit längerer Zeit immer wieder hervorgehoben haben, daß der Bergbau den Charakter einer Schlüsselindustrie verliert und immer mehr zur Hilfsgruppe der chemischen Industrie herabgedrückt wird. Im Bergbau selbst wird befürchtet, daß die heute für ihn sehr günstige Konjunktur in Benzol in einigen Jahren erledigt sein kann, weil die Herstellung synthetischer Benzine durch den Chemietrust die Verwendungsmöglichkeiten des Benzols stark einengen wird.

Bisher zog der Bergbau als Nebenprodukt der Verkokung neben dem Benzol reiche Gewinne aus dem Ammoniumsulfat. Durch die scharfe Konkurrenz des Stickstoffdüngers der Jgsag haben sich die Verhältnisse heute soweit verschoben, daß in vielen Zechen die Ammoniakgewinnung gerade noch die Arbeitskosten und die der Schwefelsäure deckt. Wenn auch der Bergbau mit den Erzeugern von synthetischem Stickstoff gemeinschaftlich dem Stickstoffsyndikat angehört, so steht doch fest, daß die Herstellungskosten des synthetischen Stickstoffs erheblich niedriger liegen als die des Zechen-Ammoniaks. 1930 hört die Preiskonvention mit der Jgsag auf, so daß der Bergbau dann vor außerordentlichen Schwierigkeiten stehen wird. Es läßt sich zwar durch den Bergbau die Herstellung synthetischen Ammoniaks vornehmen, aber die Erfolge werden für den Bergbau darum gering bleiben, weil die Jgsag den Düngemittelmarkt bereits beherrscht. Der Artikelschreiber kommt zu dem Ergebnis, daß sich der Bergbau in seiner Gesamtheit nur halten kann, wenn er die chemische Forschungsarbeit des Gesamtbergbaues zusammenfaßt, die bisherigen Forschungsergebnisse überprüft und das Brauchbare zur Anwendung bringt. In diesem Falle könnte es gelingen, daß auch der Bergbau auf dem Gebiete der Kohlenverflüssigung nicht ins Hintertreffen kommt. Diesem Lichtblick fügt der Artikelschreiber aber gleich wieder die Klage an, daß die Anwendung des Berginverfahrens für den Bergbau nicht möglich ist, ohne die Verbesserungs-patente der Jgsag damit zu kombinieren. Einmal hat sich die Jgsag weitestgehende Anwendung des Berginverfahrens gesichert, und außerdem ist es offenes Geheimnis, daß die Wirtschaftlichkeit des Berginverfahrens nicht gewährleistet ist, wenn die Verfahren des Chemietrustes damit nicht verkoppelt werden. So sehen wir den gewaltigen Wirtschaftsfaktor „Bergbau“ um seine Existenz sorgen, wie ehemals das Handwerk, als es sich erfolglos gegen die Erdrückung durch die Industrie wehrte.

Die Lackindustrie verfügt in Deutschland über etwa 100 Fabriken. Die Rohstoffe, Farben und Lösungsmittel sowie Kunstfarbe werden zum großen Teil aus den Betrieben der Jgsag bezogen. In neuerer Zeit haben Zelluloselacke mehr und mehr Eingang gefunden. Sie trocknen schneller und sind widerstandsfähiger als Harz- und Firnislacke. Die deutsche Lackindustrie hat sich zuerst gegen die Einführung der Zelluloselacke gestraubt. Den Tatsachen Rechnung tragend, ging sie dann aber zur Herstellung von Zelluloselacken über. Dadurch ist sie in noch höherem Maße als bisher auf Rohstoffe des Farbentrusts angewiesen. Für die Jgsag war es nahe-liegend, die Herstellung von Zelluloselacken selbst zu übernehmen, da sie über fast alle Rohstoffe aus eigener Produktion verfügt und alle notwendigen Farben selbst herstellt.

Nach den Angaben des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., Berlin, errichtet die Jgsag eine Zelluloselack-fabrik im Höchster Farbwerk. Diese Nachricht hat die gesamten Lackindustriellen aufgeschreckt, die nunmehr um ihre Existenz bangen. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß der Farbentrust in absehbarer Zeit die kleinen Lackfabriken zum Erliegen bringen wird. Die Zelluloselacke werden die übrigen Lacke mehr und mehr verdrängen. In der Preisgestaltung wird die Jgsag Sieger bleiben, die kleinen Lackfabriken kommen nicht mit.

Die deutsche Lackindustrie hat sich zum guten Teil zu einer Verkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen. Auf Grund der viel größeren Kapitalmacht des Anilinkonzerns und der im nachfolgenden dargelegten wirtschaftlichen Vorteile desselben wird die Verkaufsgemeinschaft der Lackindustrie die einzelnen Fabriken vor dem Untergang nicht retten können. Bei eigener Verarbeitung der selbsthergestellten Rohstoffe sind die Einfandspreise für die Jgsag zweifellos geringer als für die Lackindustrie. Hinzu kommt, daß die benötigte Nitrozellulose nicht beliebig hergestellt werden darf. Durch den Verfaller Vertrag ist sie in Deutschland nur an wenigen Stellen gestaffelt. Dabei spielen die Sprengstoffwerke die erste Rolle. Durch Fusion mit den Pulverfabriken Köln-Rosweil hat die Jgsag auch das Herstellungsrecht für Nitrozellulose erworben. In der Herstellung von Lösungsmitteln, Weichmachungsmitteln und Farbstoffen, wie sie in der Zelluloselackfabrikation gebraucht werden, steht die Jgsag konkurrenzlos da. Wir brauchen nur hervorzuheben synthetische Essigsäure, Methylalkohol, Äthylalkohol, Äthylacetat und andere Lösungsmittel, synthetischen Kampfer als Weichmachungsmittel und viele andere, die in der Zella-

losetackfabrikation nicht entbehrt werden können. Beachtet man dann noch, daß die zur Herstellung von Nitrozellulose erforderliche Salpetersäure ebenfalls ein Monopolprodukt der Jgsag ist, so drängt sich der Gedanke, daß die Jgsag zur Herstellung von Zelluloselack berufen ist, zwangsläufig auf.

Es ist gewiß richtig, daß in der deutschen Lackindustrie jahrzehntelange Erfahrungen praktisch ausgewertet werden. Diese Erfahrungen beruhen häufig auf Tradition; wissenschaftliche Produktionsmethoden haben bisher nur in verhältnismäßig wenigen größeren Lackfabriken Eingang gefunden. Die Jgsag mit ihrem gewaltigen wissenschaftlichen Arbeiterstab hat sich bisher schon um die Lacktechnik kümmern müssen. Sie konnte geeignete Farben und Lösungsmittel nur herstellen, wenn die Brauchbarkeit wissenschaftlich festgestellt war. Daraus ergibt sich, daß im Farbentrust jedenfalls nicht weniger Weisheit für die Lackindustrie entfaltete wurde, als in der Lackindustrie selbst. Das wird auch in einem Artikel der „Farbenzeitung“ zugegeben.

Bei der Errichtung einer Zelluloselackfabrik stehen der Jgsag also genügend eingearbeitete Fachleute zur Verfügung. Da es bei der Jgsag immer auf Massenproduktion ankommt und sie in der Lage ist, den Bedürfnissen entsprechend dauernd gleichmäßige Produkte zu liefern, ist es nach menschlichem Ermessen nur eine Frage der Zeit, wann sie die Konkurrenz der Lackindustrie schlägt und die Mehrzahl dieser Betriebe zum Erliegen bringt. In dem angezogenen Artikel der „Farbenzeitung“ kommt das auch zum Ausdruck. Es wird gesagt, daß fast alle Rohstoffe, die zur Herstellung von Zelluloselacken benötigt werden, Monopolerzeugnisse der Jgsag sind. Nitrozellulose wird einzig in den der Jgsag angeschlossenen Sprengstoffwerken hergestellt und darf an anderen Stellen nach dem Verfaller Vertrag in Deutschland nicht hergestellt werden. Salpetersäure ist gleichfalls Monopolprodukt der Jgsag. Die für die Zukunft bedeutungsvolle Äthylzellulose wird in Deutschland nur nach Patenten bzw. unter Benutzung der Patente der Jgsag herzustellen sein. Das unbedingt für rationelle Herstellung erforderliche Essigsäureanhydrid wird in Deutschland einzig von der Jgsag nach patentiertem Verfahren hergestellt. Die wichtigsten Lösungsmittel gewinnt die Jgsag ebenfalls nach Verfahren, die andere nicht ausführen können, und zu Preisen, wie sie auf älteren Wegen nicht dargestellt werden können. Die Einarbeitung in ein fremdes Gebiet wird der Jgsag bei dem riesigen Mitarbeiterstabe nicht schwer fallen. Sie hat in kürzester Zeit Probleme gelöst, gegen die die produktions-technischen Schwierigkeiten der Lackindustrie nicht aufkommen können. Auch der über die ganze Welt verbreitete Verkaufsapparat kommt der Jgsag natürlich bei Aufnahme der Lackfabrikation zugute.

Diesen Auslassungen der Farbenzeitung brauchen wir nichts mehr anzufügen, sie beweisen für sich, daß die Aufnahme der Lackfabrikation durch die Jgsag dem Untergang der deutschen Lackindustrie gleichkommt.

Bei der Herstellung pharmazeutischer Präparate stützt sich die Jgsag ebenfalls zum größten Teil auf eigene Rohstoffe. In den fünf Fabriken vorm. Bayer u. Co. Leverkusen, Meißner, Lucius, Brüning u. Co. in Höchst, Kalle u. Co., Viebrich, Cassella u. Co. in Frankfurt, Agfa in Wolfen bei Bitterfeld ist die Herstellung pharmazeutischer Präparate zusammengelegt. Insgesamt werden über 160 verschiedene Präparate hergestellt. Die J.-G.-Betriebe haben zur Bekämpfung von Volksseuchen wissenschaftliche Kommissionen in ihren Dienst gestellt, wodurch es ihnen gelungen ist, die Krankheitserreger festzustellen und wirksame Gegenmittel zu finden. Am bekanntesten dürfte die Erfindung des „Salverjan“ zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und des „Germanin“ gegen die Schlafkrankheit sein.

Bestimmten Mitteilungen zufolge arbeiten die Eberfelder Farbwerke seit Jahren an einem neuen Mittel für die Malaria-Bekämpfung. Sicherem Vernehmen nach übertrifft das neue Mittel alle bisherigen Erfolge des Chemietrusts. Trotzdem hat man es noch für nötig gehalten, an Ort und Stelle Versuche vorzunehmen und hat eine Expedition nach Afrika und eine zweite Expedition in die Malaria-Gebiete Griechenlands geschickt. Die Expeditionen haben mit dem Malaria-Bekämpfungsmittel die besten Erfahrungen gemacht. In den nächsten Wochen dürfte die Einführung des neuen Malaria-Bekämpfungsmittels in der Medizin erfolgen.

Die pharmazeutischen Präparate werden versandfertig hergestellt. Viele kleine pharmazeutische Fabriken, die bisher Tinkturen, Pillen, Tabletten usw. herstellten und die Grundstoffe dazu aus größeren Fabriken bezogen, sind überflüssig geworden. Die Ärzte haben sich daran gewöhnt, fertige Produkte des J.-G.-Trusts zu verordnen, so daß auch auf diesem Gebiete die Jgsag eine herrschende Stellung einnimmt. Soweit größere selbständige Firmen, wie Merck (Darmstadt), Knoll und Co. (Ludwigshafen), Voehringer Söhne (Mannheim) und einige andere als Konkurrenten auftreten könnten, hat die Jgsag sich mit diesen Firmen in ein Interessengemeinschaftsverhältnis begeben.

Es wird gern dargestellt, als ob die pharmazeutischen Präparate eine wirtschaftliche Bedeutung für den Anilintrust nicht hätten, da der Bedarf verhältnismäßig gering ist und große Einnahmen dabei angeblich nicht erzielt werden. Demgegenüber darf ausgesprochen werden, daß es sich bei den pharmazeutischen Präparaten im allgemeinen zwar um verhältnismäßig kleine Mengen handelt, daß der Geldwert dafür aber ganz erheblich ins Gewicht fällt. Überdies handelt es sich nicht immer um kleine Mengen, denn Aspirin wird tonnenweise auf den Markt geworfen.

Außerordentlich interessant ist eine Bemerkung in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 18. Juli 1926, wo es in einem Artikel: „Die neuen Arbeitsgebiete der J. G. Farbenindustrie“ u. a. heißt, daß auf dem Gebiete der Politik die Arbeiten der Jgsag weit größere Bedeutung haben, als die Sicherung gewinnbringender Verkaufspreise, denn beim Bekanntwerden des Germanins zur Bekämpfung der Schlafkrankheit wurde über die Rückgabe der deutschen Kolonien

diskutiert für die Preisgabe dieses für die ganze Kolonialwirtschaft umwälzenden Mittels. Wenn das Ausland dem Mittel gegen die Schlafkrankheit eine Bedeutung beimisst, daß es sich zu einer Diskussion über die Rückgabe unserer ehemaligen Kolonien herbeiläßt, wenn ihr das Herstellungsrecht des Mittels übertragen wird, muß dieses Präparat für die Ufgabe eine große finanzielle Bedeutung haben.

In zwei Betrieben der Jgtag werden photographische Artikel wie Filme, Platten und Papiere hergestellt. Dabei kommt der Gesellschaft wieder zugute, daß sie den Rohfilm sowie alle Photo-Chemikalien selbst herstellt. Als Grobhersteller photographischer Artikel ist die Jgtag in Deutschland führend. In den letzten Jahren hat sie sogar der großen amerikanischen Kodak-Gesellschaft erfolgreich Konkurrenz gemacht.

Schlachthausbetrieb?

Am 13. August hat die Gewerkschaft Bartenleben in Weendorf für ihren Schachtbetrieb in Morleben und für die von ihr betriebene Chemische Fabrik in Weendorf in nicht unerheblicher Zahl Rindungen ausgesprochen. Die Zahl der hiervon Betroffenen beträgt für den Schachtbetrieb etwa 100, d. h. ungefähr der sechste Teil der Belegschaft, und für den Fabrikbetrieb ca. 65. Also wieder fast 200 Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die dem Heer der Arbeitslosen zugeführt werden sollen. Dabei ist aber noch nicht gesagt, daß mit dieser Zahl der Betrieb als „gereinigt“ gelten soll. Weitere Entlassungen sind in Aussicht gestellt und dies alles nur, weil bei dem fast vollständigen Umbau der alten Fabrik (Chloralkalium usw.) und dem Neubau der Natriumsulfatfabrik gewaltige Summen verbraucht sind, die ihren Zweck nicht erfüllt haben.

Der Betriebsrat aus dem Jahre 1924/25 hatte sich einmal eingehend mit diesen Fragen beschäftigt und den Grubenvorstand auf herrschende Mißstände hingewiesen. Über auch an dieser Stelle hat man nichts anderes anzufangen gewagt, als sich mit dem „Abliefern“ des Betriebsrates einverstanden zu erklären, der schon damals den Untergang des Unternehmens voraussagte, wenn nicht an der richtigen Stelle gepart würde.

Seitdem weiß man bald kein anderes Wort mehr, als „Abbau“ ist notwendig. Wie der „Abbau“ vor sich gegangen ist, geht daraus hervor, daß das Hauptwerk Burbach mit seinen Tochterwerken Walbeck, Bartenleben, Buchberg und Chemische Fabrik Walbeck — also alle Betriebe im Gange waren — 3 Direktoren und 2 Prokuristen hatte, während die Zahl heute auf 4 Direktoren und 5 Prokuristen gestiegen ist. Nachdem die Angestellten und Arbeiter bis auf das Notwendigste entlassen waren, wäre es schließlich auch möglich gewesen, den Etat etwas zu verringern. Hier scheint sich aber die Arbeit ungeheuer vermehrt zu haben. Er ist scheinbar nötig, um politische Gesinnung zu erfordern oder zu prüfen, ob nicht etwa ein Pfennig Lohn zuviel ausgegeben wird.

Jugendstamms muß leider werden, daß man auch ernstlich bemüht war, zu sparen, und zwar an produktiven Arbeitskräften. Die nachstehenden Zahlen zeigen die Folgen dieses Sparsystems.

Unfälle in der Chemischen Fabrik Burbach in der Zeit vom 8. Januar bis zum 11. August 1926:

- 1. 8. 1. 26 Unfall durch Drehstrom.
2. 8. 1. 26 Verfrachtung der rechten Schulter durch Schlag der Kurbel einer Winde.
3. 16. 1. 26 Bruch des linken Unterarmes und Auskugelung des Handgelenks durch Einzug von der Leiter.
4. 18. 1. 26 Quetschen der Rippen beim Durchsteigen durch ein Fenster.
5. 27. 1. 26 Verbrennung an Kopf und Händen. Der Arbeiter war im Abstromkanal beschäftigt, als abgeköhlcht wurde. Nachdrücken von Kohle erlitt eine Stichwunde.
6. 19. 1. 26 Verfrachtung des linken Fußes durch Herabfallen vom Rohlewagen.
7. 22. 1. 26 Leichte Gehirnerschütterung durch den Fall von einer Montagebühne.
8. 20. 1. 26 Schnittwunde an der linken Hand durch den Messerhüner.
9. 22. 1. 26 Quetschung der linken Hand beim Aufspannen einer Scheibe.
10. 4. 2. 26 Beim Lösen von Rückstand in einem Silo durch Verschüttung tödlich verunglückt.
11. 4. 2. 26 Quetschung der rechten Hand beim Einschleiben eines Rohlewagens in die Kippvorrichtung.
12. 10. 2. 26 Quetschung der rechten Hand beim Entladen von Rückstand auf dem Rückstandsberg.
13. 12. 2. 26 Quetschung der rechten Seite beim Einschleiben eines Rohlewagens infolge eines Schlages durch die Kurbel.
14. 12. 2. 26 Verletzung des rechten Knies durch Fall.
15. 13. 2. 26 Rechter Fuß verletzt durch Darauffallen von einem Stück Holz.
16. 21. 2. 26 Quetschung des rechten Fußes beim Durchsteigen einer Welle durch Abfallen des freien Endes.
17. Quetschung der rechten Hand, des Zeig- und des Mittelfingers beim Ausprobieren einer automatischen Waage.
18. 25. 2. 26 Abschürfung des rechten Schienbeines durch Herabfallen von einem 6 Meter hohen Holzständer beim Abhängen eines Fleischerzeuges.
19. 14. 3. 26 Quetschung des Zeigefingers der rechten Hand beim Transport einer Heißwelle.
20. 14. 3. 26 Quetschung des Mittelfingers der rechten Hand beim Abschrauben einer Trommel.
21. 17. 3. 26 Verfrachtung des linken Fußes beim Absteigen von einer Holzstiege.
22. 24. 3. 26 Knochenbruch rechter Unterarm und linkes Schienbein durch Herabfallen von einem Kohlenständer in einem Kohlenwagen (4 Meter Höhe) beim Nachsehen der Lager.
23. 19. 4. 26 Quetschung der linken Hand beim Transport einer Transmissionswelle.
24. 27. 4. 26 Quetschung der linken Hand beim Abnehmen einer Kohleleitung.
25. 1. 5. 26 Verletzung des linken Auges (Kugelpistol) beim Zerlegen von Kiesel.
26. 6. 5. 26 Quetschung der linken Hand beim Einschlagen eines Kieselwagens.
27. 7. 5. 26 Quetschung des Zeigefingers der rechten Hand beim Einsetzen eines Rückstandes in den Fahrstuhl.
28. 11. 5. 26 Kopf- und Gesichtschürfungen beim Bohren am Rückstandsberg durch Nachsehen von Rückstand von der Halde.
29. 11. 5. 26 Verletzung des linken Unterarmes durch Herabfallen eines Eisenstückes, welches zum Heben eines Kieselwagens an der Halde benutzt war.
30. 11. 5. 26 Verletzung durch 300 Volt Drehstrom bei Beschädigung des Rohls beim Durchspannen einer Jochkammer.
31. 14. 5. 26 Kopf- und Handabschürfungen durch Fallen von einer Leiter.
32. 15. 5. 26 Quetschung der linken Hand durch Nachsehen von Rückstand von der Halde.
33. 16. 5. 26 Knochenbruch rechter Unterarm durch Nachsehen eines Fleischerzeuges beim Aufhängen.
34. 17. 5. 26 Quetschung des rechten Fußes beim Transport eines Rohlezes.

- 35. 19. 5. 26 Quetschung der Rippen durch Fallen in einen Kanalfassionschacht, der sich dicht hinter einer aufgestellten Leiter befand.
36. 22. 5. 26 Verfrachtung des linken Fußes durch Darauffallen von einem festen Stück Rückstand.
37. 28. 5. 26 Verbrennung des linken Fußes durch Überschlagen einer Welle des Rührwerks.
38. 28. 5. 26 Tödlicher Unfall infolge Erdrückung durch eine Förderstange des Halbenanzuges.
39. 1. 6. 26 Hautabschürfung des rechten Beines durch Wurfen von einem Brett beim Zusammenschauben einer Filterpresse.
40. 1. 6. 26 Hautabschürfung des rechten Knies beim Transport eines Benzolfasses.
41. 5. 6. 26 Quetschung des linken Beines. Am Eingang der Bitterfalzfabrik ist vom Sprengen am Rückstandsberg her ein Stück Rückstand gegen das Bein des Arbeiters geflogen.
42. 8. 6. 26 Verletzung des rechten Armes beim Einschleiben eines Förderwagens in den Fahrstuhl.
43. 10. 6. 26 Quetschung des linken Fußes beim Verladen von Kiesel.
44. 21. 6. 26 Knochenbruch rechter Unterarm durch Umkippen eines fahrbaren Transportbandes beim Transport.
45. 21. 6. 26 Muskelzerrung beim Transport eines Kastens.
46. 28. 6. 26 Verletzung des rechten Beines beim Reinigen eines Elevators dadurch, daß ein Riemenverbinder gegen den Schaufelstiel kam.
47. 30. 6. 26 Verrenkung der linken Hand an einem mit Rohlsalz beladenen Förderwagen.
48. 6. 7. 26 Verbrennung Brust und Arm (innerlich?) beim Reinigen eines Rührwerks mittels einer Stange. Die Stange wurde vom Elevator erfaßt, wodurch der betreffende Arbeiter in eine Lösung von ca. 70 Grad Wärme fiel.
49. 10. 7. 26 Gehirnerschütterung durch Herunterfallen von einer Montagebühne (10 Meter), da ein Brett rutschte.
50. 21. 7. 26 Verbrennung der rechten Hand beim Schweißen einer Schurre. Der Betreffende rutschte aus und kam so mit der Hand vor die Stichflamme des Schweißapparates.
51. 28. 7. 26 Quetschung der linken Rückenleiste durch Herunterfallen aus 3 Meter Höhe beim Betreten der Trockentrommel zum Schließen der Reinigungsklappe.
52. 4. 8. 26 Tödlicher Unfall, Verletzung der Brust durch einen Riemenverbinder.
53. 11. 8. 26 Verletzung am Kopf unter der Brücke des Rückstandsanzuges durch Herabfallen einer 2 Meter langen Eisenstange.
54. 11. 8. 26 Quetschung der rechten Wade unter der Brücke des Rückstandsanzuges durch Herabfallen einer 2 Meter langen Eisenstange.
Nun hat die Aufsichtsbehörde das Wort!

Papier-Industrie

Die Unfallgefahren in der Papiererzeugungs-Industrie.

Beim Herausziehen von Flagasche schlug eine Stichflamme hervor und entzündete die Kleider des Heizers, der sich umfangreiche Verbrennungen im Gesicht, Rücken, Kopf, Brust und beiden Armen zuzog.

Am Querschneider einer Klebemaschine hatte sich die Papierbahn vor der Presse gestaut. Trotzdem die Maschine in Bewegung war, griff ein Vogensänger mit der rechten Hand unter das Messer, um die Störung zu beseitigen. Das niedergehende Messer schnitt ihm vier Finger fast völlig ab.

Ein Maschinenmeister machte am Schmiedeseuer ein Eisen glühend, dabei flog ihm glühende Asche in die Innenfläche der linken Hand und brannte sich dort fest. Die kleine Verletzung wurde nicht beachtet. Fünf Tage später trat Blutvergiftung ein, die tödlich verlief.

Zum Reinigen eines Kollerganges begab sich ein Arbeiter in den Trog. Plötzlich setzten sich die Läufersteine in Bewegung, wodurch der Arbeiter unter dieselben kam und einen rechtseitigen Beckenbruch sowie mehrfache Rippenbrüche erlitt. Die Wiedereinrückung des Kollerganges war nur dadurch möglich, daß die Ausrückvorrichtung nicht genügend gesichert war.

Der Stein eines Holzschleifers sollte geschärft werden. In diesem Zwecke war die Turbine abgestellt. Der Stein wurde mittels eines Wachsbammes weitergedreht, den man in die Scheiben einer Riemenscheibe gesteckt hatte. Wahrscheinlich hatte sich während des Schärfens Wasser in der Turbine gesammelt, denn diese machte plötzlich einige Umdrehungen. Ein Arbeiter wollte den Wachsbamm aus den Speichen der Riemenscheibe ziehen, doch gelang ihm dieses nicht. Er wurde vielmehr über ein Schußgeländer geschleudert und fiel gleich darauf aus einer Höhe von etwa 3 Metern auf den Fußboden. Hierbei erlitt er erhebliche Quetschungen des linken Beines.

Am rollierenden Querschneider hatte sich ein Vogen umgeschlagen. Ein Arbeiter versuchte den Vogen während des Ganges gerade zu schieben und kam dabei mit dem linken Zeigefinger unter den Drehbalken. Durch das niedergehende Messer wurden ihm zwei Glieder des Zeigefingers abgeschnitten.

Beim Reinigen einer Rührhülle rutschte ein Arbeiter aus. Er fiel in die Wanne auf eine Rührschraube, wodurch diese einen Anschlag machte und sich der kurz vorher ausgerichtete Riemen wieder auf die Festscheibe schob. Durch die sich nun wieder drehenden Rührschalen wurde der Arbeiter erheblich am rechten Bein gequetscht.

Ein 19jähriger Pappenabnehmer wurde im Turbinenraum tot aufgefunden. Wahrscheinlich wollte er den Riemen zur Lichtsynchrotonmaschine während des Ganges anlegen, wurde dabei erfaßt und herumgeschleudert. Der Riemen war gerissen und um die Welle gewickelt.

Ein Müller war mit dem Obermüller im Abstromraum beschäftigt und begab sich in den benachbarten Hauptraum der Transmissionsion. Als der Obermüller kurz darauf ein Anschlagen an die Bremsenwand des Abstromraumes hörte und in den Transmissionsraum kam, sah er, wie der Müller von der Welle herumgeschleudert wurde. Die Kleider mußten dem Verletzten vom Körper geschneitten werden, um ihn von der Welle zu befreien. Den erlittenen Verletzungen erlag er wenige Stunden nach seiner Aufnahme ins Krankenhaus. Die Herptrommission in Mühlenwerken liegt meist etwa 2 Meter hoch vom Boden und hat Riemenführung nach beiden

Seiten, so daß höchstens eine Umwehrung in Form eines Geländers oder einer eingereichten Kette möglich ist.

Im Fahrstuhlschachte wurde ein Nachwächter tot aufgefunden. Vermutlich hatte der Nachwächter im oberen Stockwerk die Kontrolluhr gefeicht und versucht, den Fahrstuhl zu benutzen. Der Korb stand aber unten, und der Nachwächter stürzte infolgedessen in den Schacht.

Weil das Holz mit Schnee und Eis behaftet war, frag ein 18jähriger Hilfsarbeiter Handschuhe. Beim Abkleiden des Holzes wurde der Handschuh von der Kreissäge erfaßt und dem Arbeiter zwei Glieder des Zeigefingers der rechten Hand abgeschnitten. Der Genossenschaftsvorstand wird eine Ergänzung seiner Vorschriften dahin in Erwägung ziehen, daß die Bedienung von im Freien aufgestellten Maschinen bei Kälte untersagt und die Benutzung von Handschuhen verboten ist.

Ein 17jähriger Arbeiter stand auf einer 8 Meter hohen Leiter, um die Wände des Maschinenhauses zu reinigen. Obwohl die Leiter von zwei Mitarbeitern gehalten wurde, rutschte sie auf den glatten Fliesen aus, und der Arbeiter stürzte herunter. Schwere Verletzungen waren die Folge.

Beim Einschlagen eines Nagels prallte dieser zurück, traf das rechte Auge des Arbeiters und verletzte es derart, daß die Sehkraft verloren ist.

Zwei Arbeiter reinigten sich die Hände mit Seife. Einer kam in die Nähe einer brennenden Lötlampe, wodurch nicht nur seine eigenen, sondern auch die Hände seines Mitarbeiters Feuer erlitten.

Beim Rückwärtsfahren stieß ein Schlosser mit dem Kopfe gegen einen in etwa 1,8 Meter Höhe gelagerten Motor. Der linke Fuß kam infolgedessen aus dem Führerstande und der Arbeiter erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch.

In einer Rohdachpappen-Fabrik wurde ein Arbeiter am Lumpenschneider von der Hauptmesserwelle erfaßt und ihm an der nahe gelegenen Ausrückstange der Kopf und ein Bein abgerissen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Arbeiter wollte die verstopften Lumpentransportwalzen durch Rückwärtsdrehen der Riemenscheibe wieder in Bewegung bringen. Dabei hatte er sich den Riemen auf die rechte Hand gelegt. Der Riemen wurde von der Messerwelle erfaßt, um dieselbe gewickelt und so der Arbeiter in die Welle gezogen. Der Arbeiter hatte den Lumpenschneider nicht ausgerückt, trotzdem dieses vom Vorarbeiter angeordnet war.

In einer Strohhof-Fabrik stieß ein Arbeiter mit dem rechten Unterschenkel an die Schmierpumpe einer Dampfmaschine. Er starb an Blutvergiftung.

Ein Arbeiter wollte einen aus der Leitung der Schiebebühne herausgesprungenen Stromabnehmer wieder einlegen, ohne aber den Strom ausgeschaltet zu haben. Dabei kam er mit einem anderen Stromabnehmer in Verbindung und blieb an der Leitung hängen. Die Sicherung schlug durch und der Arbeiter fiel tot herunter.

In einer Holzschleiferei kam der Lokomotivführer beim Fortschieben zweier Wagen zwischen diese und die Lokomotive. Er starb kurz darauf an den erlittenen Quetschungen.

Ein Stoffsahner war wahrscheinlich aus Unvorsichtigkeit in den Trichter eines Zersäferers getreten, wurde von den Wurfterarmen erfaßt und hineingezogen. Hier wurde er tot aufgefunden.

Beim Aufziehen einer Riemenscheibe war der Maschinenmeister behilflich. Unvermutet löste sich der Knoten des Seiles, die Riemenscheibe rutschte ab und verletzte den Meister derart, daß er am nächsten Tage starb.

Ein Schweißler erlitt eine Verbrennung des rechten Unterschenkels dadurch, daß beim Schweißen eines Kessels die Lichtstrahlen der Schweißflamme auf die unbedeckte Haut des Schienbeines gefallen waren. Die Arbeitschloß hatte sich bei der Arbeit unbemerkt hinaufgeschoben.

Ein Arbeiter wollte nach Entleeren des Kollerganges, ohne wie vorgeschrieben auszurücken, den Schieber einführen und griff in die Ruten, um den festgesetzten Stoff zu entfernen. Dabei wurde er vom Schieber erfaßt und ihm die Hand gequetscht.

Beim Anwerfen einer Benzol-Lokomotive schlug infolge Fehllandung die Andrehkurbel zurück. Eine spätere Prüfung ergab, daß die Kragnen der Kurbel nach beiden Seiten recht-eckige statt keilförmige Ansätze hatten.

Das Zerknallen des Schwungrades einer 1400-PS-Maschine, vermutlich verursacht durch unbesonnene Entlastung der durchlaufenden Maschine seitens des scheinbar unkundigen Maschinenwärters gab den Aufsichtsbeamten Anlaß zu der Anregung, für Maschinenwärter eine Prüfung einzuführen, wie sie für Fahrstuhlführer und Kesselheizer vorgeschrieben ist. Hierdurch wäre die Möglichkeit gegeben, nur Personen zur Wartung großer Maschinen zu verwenden, die ihre Befähigung dazu durch Vorlage eines Prüfungszeugnisses nachweisen können.

Die Veröffentlichung der einzelnen Unfälle im „Proletarier“ soll nicht nur den Zweck verfolgen, der Kollegenschaft Kenntnis von den Unfallgefahren zu geben, sondern sie soll auch dazu dienen, daß auf Grund der Kenntnis der Vorgänge der Einzelunfälle Vorsicht geübt und dadurch weitere Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß ein kleiner Teil der Arbeiter geradezu leichtsinnig leben und Gesundheit aufs Spiel setzt, so darf auch nicht vergessen werden, daß die Unternehmer einen großen Teil Schuld an den Unglücksfällen tragen, indem sie entweder nicht für die geeigneten Schutzmaßnahmen Sorge tragen, wie aus den Anordnungen der Aufsichtsbeamten hervorgeht, oder daß sie bei der Auswahl der beschäftigten Arbeiter an den einzelnen Maschinen und Apparaten zu wenig Wert auf deren Eignung zu der in Frage kommenden Arbeitsleistung legen.

Durch entsprechende Aufklärung der Arbeiterchaft über die Unfallgefahren des Betriebes muß es weiterhin möglich sein, unfallverhütend zu wirken. Hierbei tätig zu sein, ist Aufgabe der Unternehmer und der Betriebsräte.

G. Stähler.